

AIB

Sonderheft 2/1987 2,50 DM

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT



Hunger ist kein Schicksal

- AFRIKAHILFE
- AGROBUSINESS
- FALLBEISPIELE
MOSAMBIK
ÄTHIOPIEN
BURKINA FASO



Inhalt

<i>Peter Wahl</i> Hunger – das Übel an der Wurzel packen!	II
<i>Marianne Kolter</i> Hunger – kein bloßes Katastrophenthema	III
Hungerfaktor Waldvernichtung	IV
Hungerfaktor Verschuldung	VII
<i>Petra Sittig</i> Nahrungsmittel als Waffe	VIII
<i>Joachim Becker</i> Agrobusiness in Afrika	XI
<i>Hanne Denk</i> Fallbeispiel Kenia. Multis untergraben die Selbstversorgung	XIII
<i>Georg Diederichs</i> Hungernothilfe und das UNO/FAO-Konzept	XIX
<i>Randolph Braumann</i> Sonderfall Äthiopien	XXII
<i>Jean Ziegler</i> Die Umsiedlung nicht isoliert sehen	XXIV
<i>Joachim Becker</i> Fallbeispiel Mosambik/Simbabwe	XXVI
Nothilfe für Mosambik	XXVII
<i>Claudia Liebst-Maron</i> Burkina Faso – Selbsternährung hat Vorrang	XXVIII
Burkina-Faso-Daten	XXIX
<i>Hanne Denk, Petra Sittig</i> Hunger und Afrikahilfe – eine Literaturübersicht	XXX

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21 / 2 46 72

ASK (Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069 / 70 90 60. Sprecher: Prof. Dr. Erich Wulff

Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Brönnner (AIB), Peter Wahl (ASK)

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Bliwer (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebteha, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: H. Czapok, H. Denk, C. Liebst-Maron

Redaktionschluss: 3. April 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH., Postfach 510668, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl.

Vertrieb: Telefon 02 21 / 36 002 - 0

Konten: Postgirokonto Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98)

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelfheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Anzeigen: Volksuni, Antimilitarismus Information, Verlag Kiepenheuer & Witsch

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: C. Liebst-Maron, V. Maier, FAO, UNFPA, natur, BMZ, NACLA, AIM, Afrique-Asie, AiB-Archiv

Hunger: das Übel an der Wurzel packen!



Dieser Widerspruch! Auf der einen Seite sind sich quer durch die politischen Lager alle – oder fast alle – Leute einig, daß der Hunger in der Dritten Welt ein Schandfleck der zivilisierten Menschheit ist – sogar der Papst und Helmut Kohl sehen das so!

Auf der anderen Seite bleiben all die Reden, Bekenntnisse, die Erschütterung, die Empörung auf entsetzliche Weise folgenlos. Mehr noch, es wird alles noch schlimmer.

Die täglichen 40.000 Hungertoten sind noch lange nicht der Tiefpunkt. Vor einem Vierteljahrhundert, 1962, beschloß die UN-Ernährungsorganisation FAO ein weltweites Programm, demzufolge bis 1980 die Menschheit von der „Geißel des Hungers“ befreit werden sollte. Die grüne Revolution sollte das werden.

Die ist nun gescheitert, die Folgen sind bekannt. Und wenn es so weiter geht, werden in nochmals 25 Jahren nur noch die Hälfte der dann 6 Mrd Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika etwas zu essen haben.

Und da hilft keine Erschütterung angesichts der Bilder von Hungerbäuchen und zum Skelett abgemagerter Gestalten, selbst wenn sie echt ist. Da hilft keine Luftbrücke und keine Milchpulversammlung.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Natürlich muß man in akuten Hungersnöten helfen. Natürlich ist ein „Tag für Afrika“ gut, wenn auf diesem Weg Menschen vor dem Hungertod gerettet werden.

Und es ist sogar noch besser, wenn hierzulande der eine oder die andere auch etwas dabei kapiert haben.

Aber damit wird der Hunger nicht aus der Welt geschafft. Allenfalls wird in spektakulären Einzelfällen eine Linde-

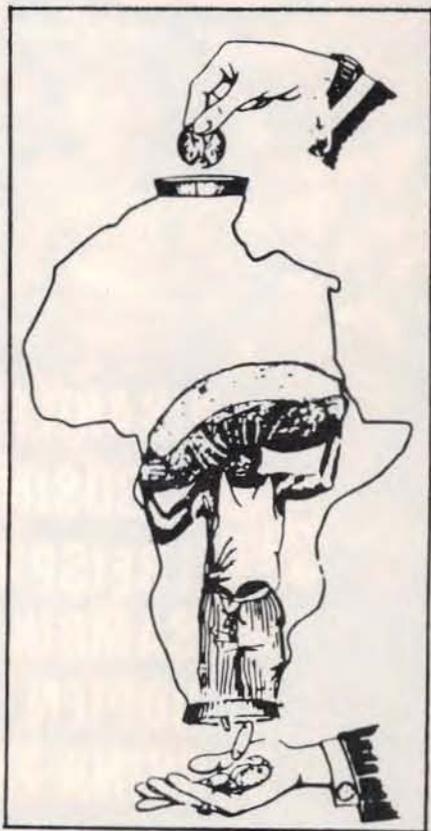
rung erzielt – der berühmte Tropfen auf den heißen Stein! Was aber not tut, das ist, das Übel an der Wurzel zu packen, die Ursachen des Hungers zu beseitigen.

Die Ursachen – das ist natürlich nicht das Wetter, zuwenig Regen oder zuviel Regen und seine Folgen, z.B. die Erosion. Die Probleme liegen auch nicht im technologischen Bereich, oder bei agrartechnischen Methoden. Da werden zwar manche Fehler gemacht und vieles wäre zu ändern – aber verhungern müßte deshalb noch lange niemand.

Die Wurzel des Hungers liegt vielmehr in den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen, in die die Dritte Welt hineingezwungen wurde und die ihr auch heute noch immer aufgezwungen werden: Kolonialismus und Neokolonialismus.

In Jahrhunderte andauernder Kolonialherrschaft wurden die gewachsenen Strukturen der afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Gesellschaften zerstört. An ihre Stelle traten deformierte, an den Bedürfnissen des „Mutterlandes“ ausgerichtete Ökonomien, deren Ressourcen (vorneweg die menschlichen) rücksichtslos ausgebeutet wurden. Hier liegt die Wurzel von dem, was der blasse Begriff Unterentwicklung bezeichnet.

Und diese deformierten, schwachen, unterentwickelten Ökonomien sind heute dem Zugriff transnationaler Konzerne ausgeliefert, deren Umsatz oft ein



Vielfaches des ganzen Bruttosozialproduktes eines solchen Landes ausmacht. Dann sind da noch die Banken – die können sogar ein großes Dritte-Welt-Land am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Die Schulden der Dritten Welt belaufen sich auf 1 Bio \$! Und dabei verhungern eben einige – und das nicht nur im übertragenen Sinn.

Den Rest erledigen die Mechanismen des freien Weltmarktes, der ungleiche Tausch, die Währungs- und Preisschwankungen, kurzum all das was den ordinären Kapitalismus ausmacht. Was uns hier in Nadelstreifen, mit gesitteten Manieren und sozialstaatlich abgedeckt entgegentritt – in der Dritten Welt zeigt sich sein wahres Gesicht.

Im Klartext: Freie Marktwirtschaft, wie die Propaganda den Kapitalismus umschreibt, tötet tagtäglich 40.000 Menschen. Und wenn die Opfer sich wehren, dann sind die zur Stelle, die direkt killen, ohne den Umweg über die Ökonomie. Die Contras, die Söldner, die Stellvertreterregimes, die 5., die 6. und die 7. Flotte, die Schnelle Eingreiftruppe und wie sie nicht alle heißen.

Die schießen dann die Ernten in Brand und schlachten das Vieh. Oder sie verhindern, daß es überhaupt erst zur Aussaat kommt, zwingen ein armes Land, seine knappen Ressourcen in Verteidigungsanstrengungen zu stecken. Nicaragua weiß ein Lied davon zu singen, desgleichen Angola, Mosambik und Vietnam, und, und, und...

Wenn wir also gegen den Hunger mehr als moralische Entrüstung und karitative Hilfe ins Feld führen wollen, müssen wir hier ansetzen: bei den Killern. Wir müssen sie und ihre Apparate abschaffen. D.h. Abrüstung muß her, Konflikte müssen politisch und nicht militärisch gelöst werden.

Dann muß den ökonomischen Wurzeln des Killersystems das Wasser abgegraben werden. Für die Dritte Welt heißt das konkret: sofortige Schuldentilgung, eine Entwicklungspolitik, die die Selbsternährungsfähigkeit der Hungergefährdeten erhöhen hilft, Etablierung einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung. Und perspektivisch: Umwälzungen (Umwälzung heißt auf lateinisch „revolutio“) ungerechter Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Damit das langfristig abgesichert ist und nicht jederzeit wieder rückgängig gemacht werden kann, müssen wir auch hier bei uns auf die Umwälzung in den neokolonialen Metropolen hinarbeiten. Dies ist die effektivste Form, in der wir dem Hunger in der Welt entgegentreten können.

Peter Wahl



Marianne Kolter

Hunger – kein bloßes Katastrophenthema

Hunger füllt Seiten und Spalten immer dann, wenn spektakuläre Hunderttausende oder gar Millionen vom Verhungern bedroht sind. Diese Behandlung des Themas verkürzt notwendigerweise „Hunger“ zum Katastrophenthema.

Hierin liegt die Gefahr, daß Hunger als plötzlich hereinbrechender, unabwendbarer Schicksalsschlag begriffen wird. Doch dem ist nicht so.

Hunger oder besser Mangelernährung ist

zum einen eine dauerhaft auf allen drei Entwicklungskontinenten vorhanden und fordert stets seine Opfer. Zum zweiten sind Zuspitzungen dieser konstanten Situation zu Katastrophen – wie sie etwa 1984/85 in Afrika eintraten – schon lange Zeit, oftmals Jahre vorher vorauszusehen.

Zum dritten ist Hunger unter den heutigen Bedingungen auf dieser Erde zu verhindern. Wenn Menschen hungern, liegt

Hungerfaktor Waldvernichtung



Afrika halt die Weltspitze in der Waldvernichtung: jede Minute sind es 80 ha

„Bäume bedeuten Wasser, Wasser bedeutet Brot, Brot bedeutet Leben.“ Dieser eingängige Slogan der indischen Umweltschutzbewegung Chipko (siehe AIB 10/1986, S.39) gilt auch für große Teile Afrikas. Ja mehr noch: Wie auf keinem anderen Kontinent wird gerade hier der enge Zusammenhang von fortschreitender Vernichtung tropischer Wälder, Bodenerosion, Dürre und Hungersnöten deutlich.

Afrika ist der Kontinent mit dem höchsten Anteil von Hungernen und Unterernährten an der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig hat Afrika aber auch die höchsten Verluste an tropischem Wald. Bedingt ist dies vor allem durch einen für transnationale Konzerne äußerst profitablen Edholzeinschlag, den Landhunger einer schnell wachsenden Bevölkerung, einen extrem hohen Verbrauch an Brennholz und die Ausbreitung devisenträchtiger Exportkulturen in der Landwirtschaft (z.B. Kakao, Kaffee, Kautschuk, Bananen, Ananas, Tabak, Tee und Zuckerrohr).

Von den ursprünglich über 2 Mio qkm tropischer Wälder in Afrika sind bis heute etwa 2/3 vernichtet worden. Zahlreiche Staaten haben bis zu 90% ihrer Waldflächen kahlgeschlagen, so z.B. Äthiopien, Madagaskar, Ghana, Sierra Leone und Nigeria. In der Republik Elfenbeinküste sind 3/4 der Regenwälder vernichtet worden, allein zwischen 1956 und 1976 eine Waldfläche von 75.000 qkm. Und selbst der dichte Urwald im Kon-

go-Becken von Zaire ist bereits zur Hälfte zerstört.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß in Afrika allein 3/4 des gesamten Holzeinschlags in Form von Brennholz und Holzkohle verfeuert wird. In Nigeria sind das jährlich 95 Mio Kubikmeter, in Tansania 35 Mio, in Äthiopien 25 Mio Kubikmeter Holz.

Die auf diese oder andere Weise stark dezimierten Wälder können ihre natürliche Funktion als Wasserspeicher und Erosionsschutz nicht mehr wahrnehmen. Die Folgen sind Dürre, fortschreitende Verwüstung und weitere Hungersnöte, da immer größere Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung und damit der Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln verloren gehen.

Ein Stopp der weiteren Entwaldung sowie massive Wiederaufforstungsprogramme wären daher für den Erhalt noch bestehender bzw. die Gewinnung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen dringend geboten. Dabei müßten die Bereitstellung alternativer Energiequellen ebenso wie eine mit dem natürlichen Wald kombinierte, auf Schonung des Ökosystems bedachte Anbaumethode als flankierende Maßnahmen berücksichtigt werden.

Jedenfalls könnte so zumindest ein Beitrag im Kampf gegen den Hungertod in Afrika geleistet werden. Denn: „Bäume bedeuten Wasser, Wasser bedeutet Brot, Brot bedeutet Leben.“
Georg Diederichs

für Darminfekte. Spezifische Mangelkrankheiten (Kwashiorkor, Marasmus) und Erblindung gehören zum Alltag in Hungerregionen.

Besonders betroffen sind hiervon die Kinder, deren hohe Sterblichkeitsrate auf ungenügende Versorgung zurückzuführen ist. In einigen Entwicklungsländern sind 30-40% aller Todesfälle Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Doch von Geburt an unterversorgte Kinder erreichen – wenn sie überleben – durch Wachstumsschäden und die Schädigung des Gehirns in den ersten vier Lebensjahren auch als Erwachsene nie volle Leistungsfähigkeit.²

Weltweit stieg die Nahrungsmittelproduktion von 1950-80 um 250%, während die Weltbevölkerung nur um 170% zunahm.³ Doch mehr als 50% werden in kapitalistischen und sozialistischen Staaten Europas und in Nordamerika verbraucht, nur knapp 50% in den Entwicklungsländern, wo 70% der Weltbevölkerung leben.⁴

Dennoch hat es in Asien und Lateinamerika einige Fortschritte bei der Versorgung der Bevölkerung gegeben, während in Afrika pro Kopf heute weniger Nahrung zur Verfügung steht als 1960. Dies entspricht dem allgemeinen Trend, nach dem das subsaharische oder Schwarzafrika die größten Entwicklungsdefizite aufzuweisen hat.

In den Staaten des nördlichen Hungergürtels Afrikas – Sudan, Äthiopien, Tschad, Mali, Niger, Mauretanien, Burkina Faso – sowie des südlichen Hungergürtels – Mosambik, Angola – waren Mitte dieses Jahrzehnts 19,3 bzw. 3 Mio vom akuten Hungertod bedroht.⁵ Auch in anderen Staaten des Kontinents waren Millionen von schwerer Mangelernährung betroffen, die über die „übliche“ permanente Unterversorgung noch hinausging.

Maleur ungleiche Verteilung

Verantwortlich gemacht wurde für diese Katastrophe eine jahrelange Dürre. Doch schon ein Beispiel zeigt, daß dies allenfalls eine zwar gewichtige, aber zusätzliche Ursache für die akute Notlage war. Fünf Staaten der Sahelzone – Burkina Faso, Mali, Niger, Senegal und Tschad – erwirtschafteten 1983/84, also nur eine Ernte vor der Katastrophe, Rekorde in der Baumwollproduktion.⁶

Die Produktion sog. cash crops, d.h. agrarischer Rohstoffe für den internationalen Markt, ist für zahlreiche Staaten Afrikas wichtigste Devisenquelle. Oftmals liegt der Exporterlös für ein einziges Agrarprodukt über der Hälfte der gesamten Einnahmen.⁷

Die Abhängigkeit afrikanischer Staaten von der cash-crop-Produktion aber hat

es nicht an der Unfähigkeit der Menschheit, ausreichend Nahrungsmittel für alle zu produzieren – der weltweite Hunger hat andere Ursachen.

1979/81 betrug die durchschnittliche Versorgung mit Nahrungsenergie in Entwicklungsländern 101,8% des durchschnittlichen Bedarfs, in Afrika 95,6%. In den Industrieländern betrug die Versorgungsrate 132,1%.¹

Dies entspricht der von Ernährungswis-

senschaftlern für notwendig gehaltenen Rate von 130%, die ungleiche Verteilung sowie Verluste durch unsachgemäßen Umgang mit Nahrungsmitteln einkalkuliert.

Ständige Mangelernährung in quantitativer und qualitativer Hinsicht führt zu körperlichen und geistigen Leistungsdefiziten ebenso wie zu erhöhter Anfälligkeit für Infektionskrankheiten wie Masern, Tuberkulose, Keuchhusten oder

viele Pferdefüße. Hierzu gehört der immense Preisverfall für Rohstoffe ebenso wie die Notwendigkeit, für den Anbau von cash crops hohe Vorleistungen (Infrastruktur, Dünger, Pestizide usw.) erbringen zu müssen.

Über die Vermarktung haben die afrikanischen Staaten keine Kontrolle. Diese liegt zu 70-90% in den Händen transnationaler Konzerne.⁸

Gleichzeitig zwingt die hohe Auslandsverschuldung die Regierungen, weiter auf cash crops zu setzen, notfalls ihre Produktion noch zu steigern (siehe Kasten zur Schuldenkrise). Das wenige vorhandene Kapital wird in diese Produktion investiert, für die Nahrungsmittelproduktion aber fehlen die Mittel. Zudem brauchen cash crops gute Böden, Arbeitskräfte und andere Ressourcen.

Um eine Vermarktung zu gewährleisten, sind Transportmöglichkeiten erforderlich. Folglich konzentrieren sich cash crops oftmals in den erschlossenen Regionen, während die Nahrungsmittelproduzenten in Randgebieten abgedrängt werden. Eine Vermarktung der kleinbäuerlichen Überschüsse wird erschwert, so daß ein Produktionsanreiz für die Nahrungsmittelproduzenten nicht mehr besteht.

Eigenversorgung vernachlässigt

Die entstandenen Lücken in der Nahrungsmittelversorgung versuchten die Regierungen durch Nahrungsmittelimporte zu schließen. In Krisensituationen halfen die Erzeugerländer großer Überschüsse mit Nahrungsmittelhilfe aus.

Diese Importe haben marktverdrängende Wirkung auf den Agrarmärkten Afrikas. Die einheimischen Produzenten sind nicht in der Lage, ihre Produkte wirtschaftlich zu Preisen anzubieten, die konkurrenzfähig mit den Dumping-Preisen der Importe wären. Zudem verändern diese Importe das Konsumverhalten der Verbraucher, das sich von traditionellen Produkten weg zu „modernen“ Getreidesorten, v.a. Weizen, wendet.

Die politisch Verantwortlichen, die mit Nahrungsmittelhilfe oder billig gewährten Importen zumindest kurzfristig Krisensituationen bewältigen können, vernachlässigen die Entwicklung der Eigenversorgung ihrer Länder. Sie nehmen dafür allerdings politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten in Kauf.

Auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der subsaharischen Staaten Afrikas schafft keine Anreize für die Nahrungsmittelproduzenten, ihre Leistungen zu steigern. Das niedrige Pro-Kopf-Einkommen läßt eine ausreichende binnenwirtschaftliche Nachfrage nach Nahrungsmitteln nicht zu.⁹

Ein weiteres Problem der Agrarproduktion ist die Unterentwicklung der Produktivkräfte. Fast 70% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt der afrikanischen Staaten beträgt jedoch nur etwa 22%.¹⁰ Der Einsatz menschlicher Arbeitskraft beträgt etwa 85%, während Maschinen nur 1-2% der Arbeitsleistung erbringen.¹¹

Die niedrige Produktivität wird in weiten Teilen des Kontinents zudem noch gesteigert durch saisonale oder ständige Wanderarbeit der männlichen Bevölkerung in städtischen oder bergbaulichen Zentren.

Zu den wirtschaftlichen Aspekten der Agrarentwicklung großer Teile Afrikas – Abhängigkeit von Exportproduktion bei gleichzeitigem Preisverfall und von Nahrungsmittelimporten sowie Unterentwicklung der Produktivkräfte – gesellen



Sahel: Die Wüste schreitet voran

sich eine Reihe von Problemen wie Bevölkerungswachstum, gesundheitliche und soziale Folgen ständiger Mangelernährung, Zerstörung der Umwelt usw. hinzu. Diese haben sich zu einem Geflecht von Ursachen und Wirkungen entwickelt, aus dem es für die allgemein schwach entwickelten Staaten kein Entkommen zu geben scheint.

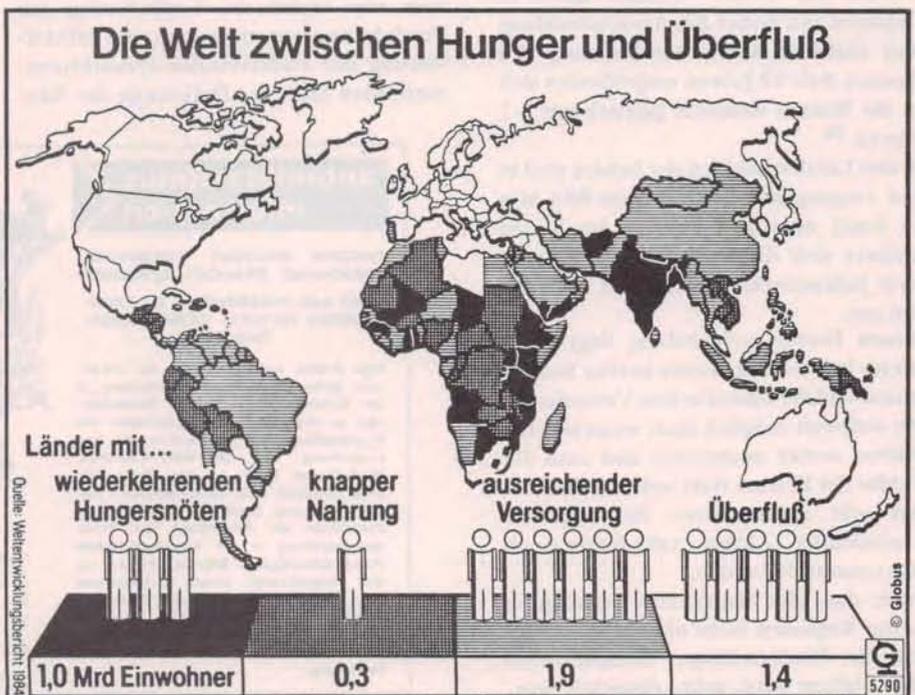
Probleme Bevölkerungsdruck, Verwüstung

In Afrika erreicht das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion etwa die Hälfte des Bevölkerungswachstums von 3%.

Bis Ende des Jahrtausends werden mehr als 810 Mio Menschen auf dem Kontinent leben, die nur bei einer schnellen und wirkungsvollen strukturellen Veränderung der Landwirtschaft die Chance haben, annähernd ausreichend Nahrung zu erhalten. Ohne diese Veränderung werden von den 1,3 Mrd prognostizierten Mangelernährten weltweit etwa 40% im subsaharischen Afrika leben.¹²

Einer der außerökonomischen Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse wäre ein Rückgang an Geburtenzahlen, doch: „Eine Verschlechterung der Umweltverhältnisse, verursacht durch Überbevölkerung“, – so Hermann Bömer – „schafft Lebensbedingungen, unter denen eine Verringerung der Fruchtbarkeit schwer zu erreichen ist. Und das anhaltende Bevölkerungswachstum verstärkt wiederum den Druck auf Umwelt und Boden.“¹³

Solange keine Zukunftssicherung in Form von allgemeinen Renten, Kranken- und Invalidenversicherung gegeben ist, bleibt den Familien kein anderes Mittel,





Ein Mittel gegen den Hunger: Staudammbau im Sahelland Mali

als eine lebende Zukunftssicherung zu produzieren. Bevölkerungswachstum aber bedeutet, neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu erschließen, die z.T. für eine Bearbeitung nicht geeignet sind. Das gilt für die Randbezirke der Wüstenregionen, die keine ackerbauliche Nutzung oder weitere Überweidung verkraften können, ohne endgültig zu Wüste zu werden.

Andere traditionelle Anbaumethoden wie der Brandrodungsbau setzen relativ lange Brachzeiten voraus, ohne die die Böden ausgelaugt werden und veröden. Ein weiteres zur Verwüstung (Desertifikation) trägt der Holzschlag in den Steppegebieten zur Energiegewinnung bei.

Es braucht Strukturveränderungen

Ferner kann eine falsche Bewässerungstechnik den Boden versalzen lassen in Gebieten mit hoher Sonneneinstrahlung und dadurch hoher Verdunstung des Wassers. Seit 50 Jahren vergrößerten sich so die Wüsten weltweit jährlich um 5-7 Mio ha.¹⁴

In den Ländern südlich der Sahara sind in den vergangenen Jahrzehnten 685 Mio ha Land verwüstet worden. Im Sudan breitete sich die Sahara in den letzten zwei Jahrzehnten um 200 km nach Süden aus.

Diesen Prozeß aufzuhalten, liegt nicht nur im Interesse der heute bereits Betroffenen. Welche klimatischen Veränderungen weltweit möglich sind, wenn sich die Wüsten weiter ausbreiten und man die Wälder der Dritten Welt weiter abholzt – dies gilt insbesondere für tropische Regenwälder – kann exakt heute noch nicht ermittelt werden.

Doch daß eine dauerhafte Schädigung ganzer Regionen nicht ohne Konsequenzen für Niederschläge, Temperaturen usw. bleiben wird, sollte einsichtig sein.

Die Aufgabe, sowohl die Umwelt zu schützen als auch ausreichend Nahrung für die Menschen zur Verfügung zu stellen, überfordert allerdings gegenwärtig die afrikanischen Staaten.

„Der wahrscheinlich einfachste und kosteneffektivste Weg zur Vermehrung der verfügbaren Nahrungsmittel auf Dorfebene“, meint Paul Harrison, „ist die Verbesserung der herkömmlichen Methoden der Nahrungsmittellagerung und -verarbeitung.“ Damit könnten in Afrika etwa 30% des Ertrages vor Parasitenbefall geschützt werden.¹⁵

Auch Bertrand Schneider schlägt in seinem Bericht an den Club of Rome eine Umorientierung auf kleine Projekte in der Landwirtschaft, gekoppelt mit entsprechenden Initiativen im Handwerk, vor.¹⁶ Die Erfahrungen mit Entwicklungsstrategien für die ländlichen Gebiete in der Dritten Welt zeigen jedoch, daß eine rein technische Veränderung der Produktion, worunter auch eine Effektivierung der traditionellen Produktionsmethoden fällt, die Defizite in der Nah-

rungsmittelversorgung der Bevölkerung nicht zu lösen vermochte. Wichtig sind strukturelle Änderungen wie die Durchführung von Agrarreformen, gesicherte Besitzrechte der Kleinbauern oder ihrer Dörfer an Boden, Genossenschaften usw., um eine stabile Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten. Die großen ökologischen Probleme und letztendlich auch die ausreichende Versorgung der Millionen Menschen mit qualitativ hochwertiger Nahrung werden auf andere Weise nicht zu lösen sein. Es ist auch nicht einzusehen, warum die vorhandene Hochtechnologie nicht hier eingesetzt werden sollte.

Dies allerdings setzt veränderte Beziehungen im internationalen Maßstab voraus. Ebenso müßten die Vermarktungsbedingungen der Erzeugnisse der Dritten Welt geändert werden.

Anmerkungen:

- 1) P.v. Blankenburg, Welternährung, München 1986, S. 154
- 2) A.-M. Hohenstein/J. Power, Hunger. Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt/M. 1976, S. 58ff.
- 3) D. Stempel, Weltbevölkerung 2000, Leipzig/Jena/Berlin 1985, S. 173
- 4) Ebd., S. 177
- 5) Zusammenstellung nach: L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika. Der Umwelt-Bankrott – Ursachen und Abwendung, Bonn-Wuppertal 1985, S. 24
- 6) Ebd., S. 91
- 7) Ebd., S. 90ff.
- 8) F. Castro, Wenn wir überleben wollen, Dortmund 1984, S. 83
- 9) P.v. Blankenburg, Welternährung, a.a.O., S. 171
- 10) H. Grienig/S. Münch, Brot für alle hat die Erde, Januar 1985
- 11) Ebd., S. 62
- 12) Berechnungen der Weltbank, in: F. Castro, Wenn wir..., a.a.O., S. 240
- 13) H. Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/M. 1984, S. 12
- 14) F. Castro, Wenn wir..., a.a.O., S. 151ff.
- 15) P. Harrison, Die Zukunft der Dritten Welt, Reinbek 1984, S. 181
- 16) B. Schneider, Die Revolution der Barfüßigen. Ein Bericht an den Club of Rome, Wien 1986, S. 260ff.

antimilitarismus information

FRIEDEN BRAUCHT FORSCHUNG,
FORSCHUNG BRAUCHT BEWEGUNG
DAS AMI-THEMENHEFT ZU EINER
WIEDER AKTUELL GEWORDENEN
DEBATTE

Ingo Arend: zur Geschichte der staatlich geförderten Friedensforschung in der Bundesrepublik. Ursula Schmiederer: zu Ansätzen und Ergebnissen der Friedensforschung im Bereich der Untersuchung des Ost-West-Konflikts. Wolf-Dieter Narr: zu den Problemen einer kritisch sich verstehenden Friedensforschung. Ulrike C. Wasmuth: zur Perception der Ergebnisse der Friedensforschung in der bundesdeutschen Friedensbewegung. Martin Köhler: zu den Perspektiven eines Verhältnisses von Friedensforschung und Friedensbewegung. ami-Serviceteil: Kurzvorstellung der bestehenden Institutionen, Publikationen, Adressen der Friedensforschung.



Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4,50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:

- Ex. Themenheft 'Friedensforschung braucht Bewegung'
- ein Abonnement der 'antimilitarismus information!' (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 DM (incl. Porto)
- ein kostenloses Probeheft

An: Verlag ami (Redaktion und Vertrieb) Deidesheimer Str. 3,
1000 Berlin 33, Tel: 030/ 8212526

Hungerfaktor Verschuldung

„Afrika darf seine Kinder nicht hungern lassen, nur um die Schulden zu bezahlen.“¹ Diese Forderung des ehemaligen Präsidenten Tansanias Julius Nyerere beschreibt treffend das Dilemma Afrikas.

Die Staaten dieses Kontinents, die von der Hungerkrise 1984/85 am stärksten betroffen waren, gehören zugleich auch zu den ärmsten und am stärksten verschuldeten. Nach Angaben der Weltbank mußten die afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen im Jahr 1985 35,8% ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Die Schulden machten 58,6% des Bruttosozialprodukts aus.

Die entsprechenden Zahlen für alle Entwicklungsländer betragen 21,9 und 33,0%.² Die Schulden des gesamten Kontinents beliefen sich 1985 auf ca. 170 Mrd \$,³ wovon 80 Mrd⁴ auf die Staaten südlich der Sahara entfielen.

Eine Ursache für die Zuspitzung der Hungerkrise in den ärmsten Staaten Afrikas wird damit deutlich. Im Gegensatz zu einkommensstärkeren Ländern, die ebenfalls auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, waren sie nicht in der Lage diese zu bezahlen und damit auf die Hilfe des Auslands angewiesen.

Schulden machen für Nahrungsmittel

Doch ist der Hunger nicht nur eine Folge der Verschuldung, sondern auch eine seiner Ursachen. Nahrungsmittelimporte, die ab Ende der 60er Jahre notwendig wurden, waren und sind ein Grund für die Auslandskreditaufnahme sowie die Vertiefung der Verschuldungsprobleme.

Ursache hierfür ist eine jahrzehntlang bevorzugte Förderung der Industrie zuungunsten der Landwirtschaft und die Ausrichtung des Agrarsektors auf den Export. Dadurch schrumpfte oder stagnierte die agrarische Pro-Kopf-Inlandsproduktion. Grundnahrungsmittel in immer größerem Umfang mußten eingeführt werden (bis zu 50% des gesamten Bedarfs), was die Zahlungsbilanzen und Währungsreserven dieser Staaten stark belastete.

Durch die Weltwirtschaftskrise ab Ende der 70er Jahre kam es auch in afrikanischen Staaten zu Verschuldungsproblemen. Exporte erzielten auf dem Weltmarkt geringere Erlöse. Zeitgleich aber stiegen die Preise auch für Grundnahrungsmittelimporte und landwirtschaftliche Produktionsmittel (z.B. Dünger, Pflanzenschutzmittel, Maschinen und -ersatzteile) an.

Folgerichtig müssen heute ca. 20% aller Exporterlöse und ein Großteil der neu aufgenommenen Kredite für Nahrungsmittelinimporte verwendet werden.⁵

Um die negativen Zahlungs- und Handelsbilanzen zu entlasten, wurden ab 1981 die Importe gekürzt und die landwirtschaftlichen Anbauflächen noch stärker für die „cash-crop“-Produktion (siehe Fallbeispiel Kenia) genutzt. Dies führte zu einer weiteren Verminderung des Nahrungsmittelangebots sowie zu dessen Verteuerung.

Diese Maßnahmen, so einschneidend sie waren, reichten nicht aus. Die Schuldenfalle zog sich fester zu. Zahlreiche afrikanische Staaten, auch solche, die ehemals als „Wirtschaftswunderländer“ gepriesen wurden (wie Nigeria oder die Elfenbeinküste),

waren ab 1982 von Zahlungsunfähigkeit bedroht. Sie mußten, nachdem sie mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) Bereitschaftskreditabkommen und die dazugehörigen Stabilisierungsprogramme unterzeichnet hatten, mit ihren privaten Gläubigerbanken Umschuldungsverhandlungen einleiten.

Seit 1983 ist Afrika durch sinkenden Kreditzufluß und wachsenden Schuldendienst zum Netto-Kapitalexporteur geworden.⁶ Die durch den Preisverfall ohnehin mageren Exporterlöse fließen in die Zins- und Tilgungszahlungen und nicht in dringend notwendige Programme zur Steigerung der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft, die durch Wirtschaftswachstum den Schuldenberg langfristig abbauen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewährleisten könnten.

Die Stabilisierungsprogramme des IMF ordnen das Nahrungsmittelproblem ebenfalls der heiligen Kuh Zahlungsbilanz unter. Diese Institution zwingt die kreditnachfragenden Länder zu einer radikalen Begrenzung des Staatshaushaltes und einer oft drastischen Währungsabwertung mit dem Ziel, einen Ausgleich in der Zahlungs- und Handelsbilanz herbeizuführen. Staatliche Sparmaßnahmen wie die Streichung von Nahrungsmittelsubventionen und staatlichen Sozialleistungen, die Reduzierung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Bereich, die Aufhebung von Preiskontrollen, die Verminderung des Kreditangebots auch für die Landwirtschaft und Begrenzung der Löhne führen zu einer weiteren Verarmung breiter Schichten.



Die Folge dieser Spar- bzw. Austeritätsmaßnahmen sind Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust, Preissteigerungen für (Nahrungsmittel-) Importe und inländische agrarische Erzeugnisse, und damit auch Hunger für jene, die nicht mehr über genügend Einkommen für ihre Ernährung verfügen. Mit spontanen Hungeraufständen wie in Tunesien (1978 und 1984), Marokko (1984), Ägypten (1977) und Sudan, wo sie 1985 zum Sturz des Numeiri-Regimes führten, reagierten die Betroffenen auf die IMF-Politik. Die Gegenstrategie der Weltbank liegt seit 1980 in der Vergabe von nichtprojektgebundenen „Struktur- und Sektoranpassungsdarlehen“ mit einer Laufzeit von 3-5 Jahren und in einem im Februar 1985 eingerichteten Sonderfonds für die unter Dürre und wirtschaftlicher Rezession leidenden schwarzafrikanischen Staaten. Die Kredite dieses Fonds sind zinsfrei und haben eine Laufzeit von 50 Jahren.⁷

Diese Mittel werden aber bisher nur im Zu-

sammenhang mit einem IMF-Kredit und zahlreichen wirtschaftspolitischen Auflagen à la IMF vergeben. Diese sind u.a. institutionelle Reformen (z.B. Ausbildungsprogramme) und eine stärkere staatliche Förderung bestimmter Wirtschaftssektoren (besonders die Landwirtschaft) durch Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise für Produkte.

Damit soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Mobilisierung einheimischen Kapitals erreicht werden. Doch angesichts der deflationarischen Auswirkungen der IMF-Programme und eines Großteils der Weltbank-Auflagen selbst, ist auch dieser Lösungsansatz langfristig zum Scheitern verurteilt.⁸

Die Zuspitzung der Hunger- und der Schuldenkrise veranlaßte die afrikanischen Staaten auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba im Juli 1985 ein „Dringlichkeitsprogramm für die wirtschaftliche Erholung 1986-90“ zu beschließen.

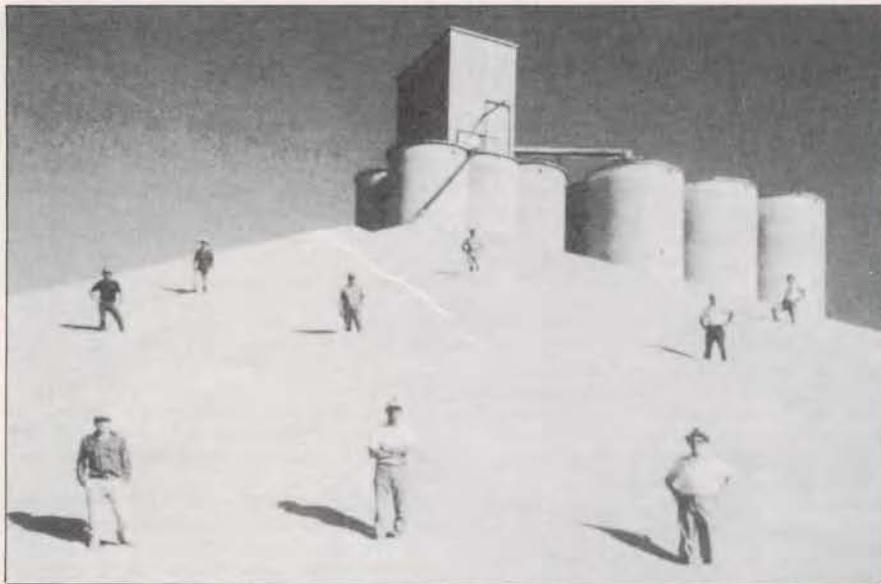
Das Programm in Höhe von 128 Mrd \$ sieht neben einer Verringerung der Schuldenlast vor allem Maßnahmen „für die Bekämpfung der Dürre und der Ausbreitung der Wüsten sowie für den Wiederaufbau der Landwirtschaft“ vor.⁹ Die öffentlichen Investitionen in der Landwirtschaft sollen von gegenwärtig ca. 10% auf 20-25% 1989 gesteigert werden. Der Gipfel forderte außerdem eine Reform der IMF-Auflagenpolitik und einen weitreichenden Zinserslaß.¹⁰

Zur Finanzierung dieses Programms forderten die afrikanischen Staaten auf einer Sonderkonferenz der UNO im Mai 1986 internationale Hilfe in Höhe von 46 Mrd \$ und einen Schuldenerlaß von 35-55 Mrd \$. Sie wurden jedoch mit unverbindlichen Versprechungen und der Empfehlung aus Washington, sich stärker marktwirtschaftlichen Prinzipien zuzuwenden, abgespeist.¹¹

Dies könnte zur Folge haben, daß Afrika radikalere Positionen in der Schuldenfrage, wie sie etwa von Julius Nyerere vorgebracht werden, beziehen könnte. Er verlangte bereits 1985 ein langfristiges Schuldenmoratorium für die ärmeren Entwicklungsländer und einen Zusammenschluß der Schuldner, um den Gläubigern Zugeständnisse abzurufen (vgl. AIB 11/1985, S.44).

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 21./22.7.1985
- 2) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht, Washington 1986, S. 64
- 3) Vgl. LM, 15.4.1986
- 4) Angaben nach: Weltbank, Weltentwicklungsbericht, a.a.O., S. 60
- 5) Vgl. IPW-Berichte, Berlin (DDR), Nr. 6/1986, S.3
- 6) Vgl. IMSF, ASK (Hg.), Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik. Diskussion um Alternativen, Frankfurt/M. 1986, S. 116
- 7) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 8.8.1985
- 8) Vgl. P. Körner u.a., Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg 1984, S. 189-197
- 9) Beschlüsse zur Wirtschaftsentwicklung der OAU-Konferenz, in: Monitordienst. Afrika, Köln, 22.7.1985
- 10) Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.7.1985
- 11) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 28.5.1986 und Frontline, Oakland, 9.6.1986



Getreideberg im US-Bundesstaat Washington: Nahrungsmittelhilfe ist eine Devisenquelle, gerade wenn die Exporteinnahmen fallen

Petra Sittig **Nahrungsmittel als Waffe**

„So wie man in Frankreich an die Clochards Suppe verteilt, so tun es die Industrieländer mit den Afrikanern.“¹ Mit diesem harten Urteil bewertet Thomas Sankara, Präsident von Burkina Faso, die Nahrungsmittelpolitik der (westlichen) Industriestaaten. Regierungen dieser Staaten hingegen erklären, wie wichtig es sei, die Hungernen in der Dritten Welt zu speisen.

Inzwischen aber machen sich in der westlichen Öffentlichkeit Zweifel breit, was die Wirksamkeit der gängigen Nahrungsmittelhilfe betrifft. Genauso wie in Sachen Entwicklungspolitik muß auch hier insbesondere nach den Beweggründen, der Wirksamkeit und dem Nutzen der Hilfe gefragt werden.

Protein besser als Atomwaffen!

Die USA sind traditionell die weltgrößten Nahrungsmittelproduzenten und -exporteure.

Erste Nahrungsmittellieferungen von seiten Washingtons erfolgten bereits während und nach Ende der beiden Weltkriege nach Europa. Schon damals wurde diese Nahrungsmittelhilfe nicht aus humanitären sondern aus machtpolitischen Motiven heraus geleistet.

In die Westzonen des besiegten Deutschland wurden im Winter 1946/47 8,5 Mio t Getreide geliefert, während zur selben Zeit keine Lieferungen an das unter schweren Hungersnöten leidende Indien

erfolgten. Die Regierung Truman begründete ihr Handeln damit, Indien sei kein „vorrangiges antikommunistisches Frontgebiet“.²

Mit dem seinerzeitigen Wirtschaftsaufschwung ging die Notwendigkeit für Nahrungsmittelexporte nach Europa zurück, weshalb die Lagerbestände von Getreide in den USA immer mehr anwuchsen. Die US-Farmer forderten von der Regierung deshalb eine Erweiterung des Nahrungsmittelexportgeschäfts mit dem Ausland.

Gesetzliche Grundlage hierfür wurde das 1954 verabschiedete Gesetz PL 480. Es beinhaltete folgende Zielstellungen:

- Entwicklung neuer Absatzmärkte für amerikanische Agrarprodukte,
- Abbau der hohen Lagerbestände an agrarischen Erzeugnissen in den USA,
- Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländern,
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern sowie
- Unterstützung der Außenpolitik der USA.³

Während unter US-Präsident Eisenhower der wirtschaftliche Aspekt zur Absetzung des produzierten Getreides bei den Nahrungsmittelexporten im Vordergrund stand, begriff John F. Kennedy (1960-63) in einer Wahlkampfrede Agrarüberschüsse nicht als Problem, sondern als Möglichkeit für die USA. Er bekannte, daß Nahrungsmittel Stärke bedeuten.⁴

Hinter dem Schlagwort „food for peace“ (Nahrung für den Frieden) verbarg sich schon damals eine interventionistische Politik gegenüber aufbegehrenden Entwicklungsländern. So strich Washington dem nasseristischen Ägypten, da es den Suezkanal nationalisierte und einen angloamerikanisch geführten Militärpakt verschmähte, kurzerhand zugesagte Getreidelieferungen und Projektkredite. Gegen das 1959 befreite Kuba verhängte man eine Wirtschaftsblockade, Grundnahrungsmittel inbegriffen.

Unter Präsident Johnson wurde diese Politik systematisiert. Und unter Präsident Nixon (1968-74) offenbarte sie im Rahmen der Vietnampolitik ihr wahres Gesicht als „Food for War“ (Nahrung für den Krieg). Im Vietnamkrieg wurde ein US-Nahrungsmittelprogramm auf seiten des südvietnamesischen Marionettenregimes zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt, während die aufgrund einer Dürrekatastrophe dringend hilfsbedürftigen Länder der Sahelzone fast leer ausgingen. Laut Collins und Lappé erhielt Südvietnam in den Jahren 1968-73 zwanzigmal soviel Nahrungsmittel wie die Länder der Sahelzone zusammengekommen.

Richard Nixon drückte diese Politik in folgenden Worten aus: „Der Handel muß die Karotte und die militärische Macht muß der Stock“ der amerikanischen Außenpolitik sein.⁵

Nicht genug damit, daß die USA ihre überschüssigen Nahrungsmittel gezielt einsetzten, betrieben sie auch eine gezielte Preispolitik. Dies taten sie z.B. 1972, als eine einsetzende Nahrungsmittelkrise zu einer erhöhten Nachfrage nach Lebensmitteln führte und die USA die Weltpreise hochtrieben.

Einflußhebel der EG/BRD

US-Präsident Reagan klopfte im Hungerkatastrophenjahr 1985 die auf neokolonialen Eigennutzen abgestellte Nahrungsmittelpolitik fest, als er der Dritten Welt sein Programm „Lebensmittel für den Fortschritt“ kundtat. Die Empfängerländer, so betonte Ronald Reagan, müßten als Gegenleistung „einen Kurs einschlagen, der auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen und auf mehr Beteiligung des Privatsektors beruht“.⁶

Die Erklärung des damaligen US-Landwirtschaftsministers Earl Butz anlässlich der Welternährungskonferenz von 1974, daß „Protein in der künftigen Welt eine wirksamere Waffe als die Atombombe“⁷ sei, offenbarte die andere, nicht minder folgenschwere Seite der US-Nahrungsmittelhilfe: Es ging und geht Washington gleichermaßen um ihren Einsatz als politische Waffe gegen die Emanzipationsbestrebungen der Entwicklungsländer

und gegen einzelne unliebsame Revolutionsregimes, die man auch mithilfe der Nahrungsschraube zu destabilisieren sucht.

Dabei wird die nach wie vor eindeutige Spitzenstellung der USA in der globalen Nahrungsmittelhilfe, die sich 1980/81 in Anteilen von 62% bei Getreide oder von 79% bei Pflanzenölen ausdrückte, skrupellos genutzt. Dies geschieht sowohl bilateral als auch mittlerweile in zunehmendem Maße auf multilateralen Wegen. Die bilaterale Nahrungsmittelpolitik der US-Regierung läuft auf zwei Schienen: Zum einen werden Nahrungsmittelhilfen propagiert und gefördert. Zum anderen können aus politischen Gründen den Empfängerländern Nahrungsmittel entzogen oder verweigert werden. Damit sichert sich Washington eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Kontrolle über die Empfängerländer.

Das Schema: Erfolgt keine Kooperation, so folgen Sanktionen. Unterschiedliche Länder bekommen z.B. unterschiedliche Rückzahlungsbedingungen für Nahrungsmittelkredite. Entschieden wird nicht nach der Bedürftigkeit dieser Länder, sondern nach „freundschaftlicher Gesinnung“, sprich Wohlverhalten gegenüber den USA und nach dem politischen Gutdünken der USA.

Klammer Welternährungsprogramm

War bis Mitte der 60er Jahre die westliche Nahrungsmittelhilfe ausschließlich Sache der USA, so forderten diese nunmehr geradezu eine Angliederung auch anderer kapitalistischer Industriestaaten an dieser Nahrungsmittelpolitik.

Der Anteil der USA an der weltweiten Nahrungsmittelhilfe, der 1963 noch 96% ausmachte, betrug 1981 nur noch 42,3%. Es folgten die EG-Länder mit insgesamt 32,3% (davon allein die BRD 9,3%) und Japan mit 12,6%. Die USA behielten damit immer noch den beherrschenden Einfluß, da sie den größten Einzelanteil stellen.

Die Nahrungshilfepolitik der westeuropäischen Länder und Japans verband das Arrangement mit dem Exportgiganten USA mit der Verfolgung eigener Interessen. Die Begründung für die Nahrungsmittelhilfe ist auch hier nicht ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Empfängerländer. Was zählt sind einerseits die marktwirtschaftlichen Interessen, wie der Absatz von eigenen Überschußprodukten, und andererseits die politische Einflußnahme.

Japan, exportiert seine Reisüberschüsse, die etwa 2/3 des Inlandsverbrauches an Reis ausmachen. Von Westeuropa können Waren durch die einzelnen

Länder in Form von bilateraler Nahrungsmittelhilfe direkt oder multilateral durch das EG-Nahrungsmittelhilfeprogramm (CFAP) an die Empfängerländer gebracht werden.

Wichtigste Export-Nahrungsmittel der EG sind Getreide, vor allem Weizen, Magermilchpulver und Butteröl. Der Anteil der BRD an den Kosten des CFAP beträgt etwa 30%, was wiederum 73% der gesamten Nahrungsmittelhilfe der Bundesrepublik ausmacht.

Die CFAP erfolgt im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms bzw. der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO, siehe Beitrag von G. Diederichs).

Das Welternährungsprogramm (WFP) wurde im Jahr 1962 auf Antrag der USA hin durch die UN-Vollversammlung ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, über das System der Vereinten Nationen möglichst große Mengen überschüssiger Nahrungsmittel verfügbar zu machen.

„Von Anfang an war das WFP“, — so M.B. Wallerstein — „vor allem ein Geschöpf seiner hauptsächlichen Geber, der USA, Kanadas und der EG... Selbst der Druck der Forderung nach einer 'Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung' vermochte nicht, es dazu zu bringen, einen radikalen neuen politischen Kurs einzuschlagen, der im Widerspruch zu den Wünschen seiner Hauptgeberländer steht.“⁷

Immerhin aber erhielten Länder, die von der bilateralen Hilfe der USA von vornherein ausgeschlossen sind, wie Äthiopien, Mosambik oder Kuba, über das WFP Nahrungsmittelhilfe.

Dies zeigt, daß das WFP-Prinzip, keine

Länder zu diskriminieren, gelegentlich auch gegen die Anliegen imperialistischer Staaten ausschlagen kann, darf aber über deren WFP-Dominanz nicht hinwegtäuschen. Dies gilt, obgleich das Förderungsinteresse der Westmächte gegenüber dem WFP in den 70er Jahren etwas nachließ und seit 1976 die verfügbaren Gelder gleichblieben.

Neben dem WFP existieren an multilateralen Hilfsorganisationen, deren Hauptaufgabe aber nicht in der Nahrungsmittelhilfe zu sehen ist, Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), um die bekanntesten zu nennen. Im Vergleich zum WFP verteilt die UNICEF allerdings nur einen geringen Teil an Nahrungsmitteln, etwa 3% der Gesamtmenge des WFP, was 30.000 t Nahrungsmitteln entspricht.

Afrikas Notlage ausnutzen!

Im Rahmen der spektakulären Hunger-Nothilfe im Katastrophenjahr 1985 flossen zwar auch reichlich internationale Hilfsgelder und -güter nach Afrika; so insgesamt 6,7 Mio t staatliche Getreidelieferungen und ein ad-hoc-Posten der UNO von 1,6 Mrd \$ an Nahrungsgütern, Ausrüstungen und Medikamenten. Doch verschlang diese außerordentliche Überlebenshilfe auch beträchtliche Mühen und Gelder, welche eigentlich in langfristigen Entwicklungsvorhaben zur verbesserten Eigenversorgung hätten angelegt werden sollen.

Der US-Experte Jack Sheperd faßte die Schlußfolgerungen, die die Reagan-Administration aus der Notlage Afrikas ableitete, so zusammen: „Beschneidung der multilateralen Hilfe zugunsten bilateraler Hilfe, die die USA direkt kontrollieren können; Einstellung der Zahlungen an die IDA (die Weltbank-Tochter für weiche Kredite); mehr Militärhilfe und mehr politisch motivierte Hilfe. Die USA fahren die multilaterale Hilfe herunter zugunsten der eigenen 'Economics Policy Initiative', EPI: Mit ihr werden u.a. denjenigen Staaten, die bereit sind, 'eine dynamischere, wachstumsorientiertere Politik' zu verfolgen, für die Jahre 1985 bis 1989 (klägliche) 500 Millionen Dollar Hilfe angeboten.“⁸

Bisher war von Staaten oder auch von zwischenstaatlichen Organisationen die Rede. Ein wesentlicher weiterer Aspekt der Nahrungsmittelhilfe ist der transnationale. Ein Zusammenspiel mit imperialistischen Regierungen ermöglicht es den Agrarkonzernen, ihre Profitinteressen durchzusetzen.

Beispiel USA: Während die USA ihre Absatzbedürfnisse und ihren Machtanspruch durch Getreidelieferungen durch-



Afrika-Hilfssendung der EG im Jahr 1985: Bundespräsident Weizsäcker im Laderaum einer Transall



**8. Berliner Volksuni
Pfingsten '87 – 5.-8. Juni
Hochschule der Künste**

Neue Chancen links

- Ökonomische Krise – technologische Umwälzung – Umweltkatastrophen – und wie weiter? Die Entscheidungen stehen an: Perspektiven rot-grüner Politik
 - „Popular Planning“: lokale Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung – Berichte aus London – Projekte in Berlin
 - Demokratisierung in der Sowjetunion – Ende eines linken Alptraums?
 - Friedenspolitik in der Ära Gorbatschow
 - Anforderungen an eine linke Kulturbewegung
 - Postmoderne? Postmarxismus? Was steckt dahinter?
 - Neue Beziehungen durch neue Technik: im Betrieb, zu Hause, in der Schule
 - Feministische Kritiken an Fortschrittskonzepten
 - AIDS – Ursachen und politische Dynamik einer Seuche
 - Naturheilkunde in einer unheilen Umwelt
- Abends:
- Türkisches Kabarett Knobi-Bonbon: „Vorsicht! Frisch integriert!“
 - Bandoneon-Konzert mit dem Klaus Gutjahr Trio
 - „Phönix voran“ Neues vom Jazzpoeten Peter Rühmkorf
M. Naura (p), W. Schlüter (yb)

Weitere Informationen:
Volksuni e.V.
Dominicusstraße 3
1000 Berlin 62
Telefon 030 / 784 44 40

setzen, kontrollieren zwei Firmen – Cargill und Continental Grain – die Hälfte des Welt-Getreidehandels.⁹ Vielfache personelle Verflechtungen zwischen US-Regierung und den amerikanischen Getreideriesen ermöglichen eine optimale Verknüpfung beider Interessen. Ein besonders krasses Beispiel ist hier die Saatgutkontrolle der Multis (siehe Beitrag Joachim Beckers zum Agrobusiness).

Zurecht weisen prominente Kritiker der gängigen Nahrungsmittelhilfe wie Thomas Sankara daraufhin, daß diese in der bisherigen Form eher auf eine „Behinderung“ der afrikanischen Entwicklungsanstrengungen hinausgelaufen sei.

Die Nahrungsmittelhilfe sollte sich demnach auf die ad-hoc-Bekämpfung akuter Hungerkrisenfälle oder die Notversorgung von Flüchtlingen, Kindern usw. beschränken. Generell sollten sich die Geberländer auf agrarische Entwicklungsprojekte, welche einer eigenständigen Ernährungssicherung förderlich sind, verlegen.

Aufbegehren gegen Mißbräuche

Die überkommene neokolonialistische Nahrungsmittelpolitik aber ist dieser Zielsetzung entgegengerichtet. Denn sie ist von den westlichen Regierungen und Konzernen dazu auserkoren, in den Entwicklungsländern die Fremdkontrolle über den Markt, die Preise und die Landwirtschaft abzusichern bzw. ihr den Weg zu bereiten. Und sie läßt ein eigenständiges landwirtschaftliches Konzept der meisten Entwicklungsländer gar nicht erst zu. Sie erzeugt vielmehr zusätzliche Abhängigkeiten, indem sie die Wirtschaft der Entwicklungsländer auf die cash-crop-Produktion, d.h. auf Exportgüter, und eben nicht auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Selbstversorgung der eigenen Bevölkerung ausrichtet.

Und so funktioniert der Teufelskreis: Die Grundnahrungsmittel müssen importiert werden. Die Bedingungen für den Import aber setzen die Geber, nicht die Konsumenten. Da sich die Nahrungsmittelhilfe meist nicht nach den traditionellen Bedürfnissen der Bevölkerung richtet, werden Umstellungen in den Eßgewohnheiten erzeugt. Dies wiederum löst einen weiteren Importbedarf aus.

Viele Entwicklungsländer haben also gar nicht mehr die Möglichkeit, auf ihre ursprünglichen landwirtschaftlichen Methoden zurückzugreifen. Ein weiteres Problem, das mit der cash-crop-Wirtschaft verbunden ist, sind die Monokulturen die ohne eingeführte Hightechnik keine optimale Ausnutzung ohne

Schädigung des Bodens zulassen (siehe H. Denks Fallbeispiel Kenia).

Inwiefern können sich die Entwicklungsländer gegen diese Abhängigkeiten zur Wehr setzen oder diese überwinden?

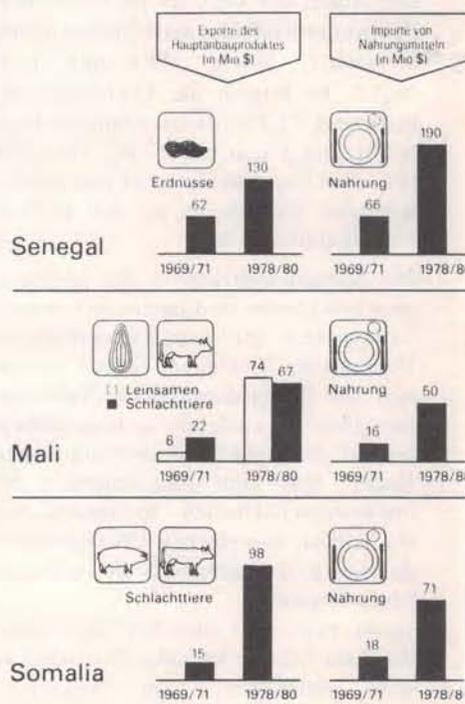
Zwar können die Entwicklungsländer häufig nicht oder nicht ganz auf Nahrungsmittelimporte verzichten. Doch widerspricht die westliche Handhabung von Nahrungsmittelexporten den eigentlichen Bedürfnissen dieser Länder.

In internationalen Gremien wie der UNO oder der Welternährungskonferenz prangern sie immer wieder den westlichen Einsatz der Nahrungsmittelhilfe als Waffe an. Sie fordern Abschaffung des Mißbrauchs der Nahrungsmittel und mehr Mitsprache bei der Mittelvergabe.

Diese Grundforderungen sind eingebettet in den Forderungskatalog der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), der von der Dritten Welt 1974/75 in den Vereinten Nationen verankert wurde. Dies betrifft die NIWO-Forderungen:

- günstigere und stabilere Preise für die Hauptexporte der Entwicklungsländer,
 - eine breitere Streuung der industriellen Kapazitäten der Welt,
 - Schuldenerlaß,
 - gesteigerte wirkliche Hilfeleistungen,
 - Anbindung von Grundstoffpreisen an die Preise der Industrieprodukte,
 - größerer Zutritt zu westlichen Industriemärkten.
- Die im Rahmen des sog. „Nord-Süd-Dialogs“ bislang durchgeführten Verhand-

Exportproduktion statt Selbstversorgung wurde gefördert



Quellen: FAO / Weltbank

© Strähm; Peter Hammer

lungsrunden zur NIWO beschränkten sich jedoch auf die Aspekte integriertes Rohstoffprogramm und Vorratslager. Trotzdem konnten die Entwicklungsländer den Westmächten einige Zugeständnisse abringen. Eine Verlagerung von bilateraler Hilfe, bei der die Geberländer direkten Einfluß auf die Empfängerländer nehmen können, hin zu multilateraler Hilfe, z.B. des WFP, wurde in Gang gesetzt. Dies gilt, wenngleich sich dieser Prozeß sehr schleppend vollzieht und noch immer 73,2% als bilaterale Hilfe geleistet wird.

Ein weiteres Anliegen der Entwicklungsländer zeigt sich bezüglich der Forderung nach kostenloser Nahrungsmittelhilfe, damit diese die Verschuldungsabhängigkeiten nicht noch auf die Spitze treibt. In der Tat wurde die Finanzierung von Importen in den 70er Jahren seitens der Entwicklungsländer immer schwieriger, während die USA in ihren anwachsenden Getreideüberschüssen eine unerträgliche Belastung sahen. Die kostenlosen Getreidelieferungen der USA stiegen zwischen 1978-81 von 461 Mio \$ auf 768 Mio \$ an.

Ein weiterer Aspekt ihres Strebens nach mehr Unabhängigkeit von den Geberländern ist für die Entwicklungsländer die Verbesserung der eigenen Grundnahrungsmittelproduktion. Entgegen den westlichen cash-crop-Empfehlungen (siehe Beiträge von M. Kolter und H. Denk) nimmt eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern ein nationales Ernährungssicherungsprogramm in Angriff.

In diesem Zusammenhang bedeutsam ist die staatliche Preispolitik, die das Einkommen der Bauern sichern helfen und gegen Teuerungen der Grundnahrungsmittel angehen soll. Der Ernährungssicherung förderlich sind ferner die Kontrolle der Aktivitäten des Auslandskapitals, die Förderung von Genossenschaften und demokratische Landreformen. Außerdem gilt es, die gängige westliche Nahrungsmittel- und Entwicklungspolitik abzulösen durch eine langfristig angelegte Hilfe zur Hungerbekämpfung, welche die Souveränität der Empfängerländer respektiert und ihr Vermögen zur Selbsthilfe und Hungervorsorge stärkt.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: R. Braumann, Afrika wird totgefüttert, Hamburg 1986, S. 50
- 2) Zit. nach: H. Schilling, Nahrungsmittel als Waffe, Berlin 1986, S. 79
- 3) Ebd., S. 84
- 4) Ebd.
- 5) Ebd., S. 71
- 6) Nach: R. Braumann, Afrika..., a.a.O., S. 49
- 7) H. Schilling, Nahrungsmittel..., a.a.O., S. 110
- 8) Laut: L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika, London 1985, S. 242
- 9) Vgl. A. Bogner/M. Franke, Die Hungerproduzenten, Wien/München 1981, S. 96

Joachim Becker Agrobusiness in Afrika



Agrobusiness – das ist das Geschäft mit dem Anbau, der Vermarktung und der Verarbeitung von Agrarprodukten, der Agrarberatung, der Herstellung und des Verkaufs von Saatgut, Dünger, Pestiziden, Traktoren, Landwirtschaftsgeräten, Bewässerungsanlagen und Agrarfabriken.

Groß in diesem Geschäft sind transnationale Konzerne (TNK). Sie vereinen in der Regel gleich eine ganze Zahl der genannten Sparten unter einem Konzerndach.

Gewisse Konkurrenzvorteile im Afrika-Geschäft haben noch aus der Kolonialzeit Konzerne mit Stammhäusern in den früheren Kolonialmetropolen Großbritannien und Frankreich.

Die Kolonialmetropolen setzten tiefgreifende Veränderungen in der afrikanischen Agrarproduktion durch. Sie erzwangen die Produktion für den kapitalistischen Weltmarkt.

Mittels Steuererhebung und/oder Zwangsanzbau zwangen sie die afrikanischen Bauern zum Anbau von Verkaufsprodukten für den Export. In manchen Ländern (vor allem Südafrika, Namibia, Simbabwe und Kenia) konnten sich europäische Siedler das beste Land aneignen und engagierten sich mit Unterstützung der Kolonialverwaltung in der Landwirtschaftsproduktion.

Firmen aus den Kolonialmetropolen legten Plantagen an. Sie kontrollierten auch den Handel.

Afrika ist auch heute noch weitgehend eine „chasse gardée“ für das europäische Agrobusiness. Obwohl nur 16 der 50 größten Agrobusiness-Konzerne nicht US-Firmen sind, haben nur wenige Agrobusiness-Unternehmen aus den USA in Afrika Fuß fassen können.

In einigen afrikanischen Ländern (z.B. in der Elfenbeinküste, Mauritius, Swaziland, Simbabwe, Malawi und Liberia) konnten TNK nach der Unabhängigkeit ihre Aktivitäten in der Agrarproduktion weitgehend uneingeschränkt fortsetzen. In anderen Fällen sicherten sich Regierungen Mehrheitsbeteiligungen an Plantagen oder verstaatlichten sie gar.

Die kenianische Regierung beispielsweise beschränkte die Ausbreitungsmöglichkeiten für Konzernplantagen, um gleichzeitig den Anbau von Verkaufsprodukten (für den Export) durch kenianische Bauern zu fördern (siehe Fallbeispiel Kenia). Es ist den Konzernen nicht schwer gefallen, sich mit geänderten Umständen zu arrangieren.

Der direkte Anbau ist ohnehin nur eine Facette ihres Geschäftes. Meist sind sie auf der gesamten Produktionskette präsent, ja teilweise konzentrieren sie sich fast völlig auf die anschließenden Produktions- und Handelsstufen und die Agrotechnik.

Die Kontrolle der Produktion ist nicht an das Eigentum wesentlicher Kapitalanteile einer Plantage gebunden. Meist sahen sich Regierungen, auch wenn sie

sich an Plantagen beteiligten, zur Zusammenarbeit mit den TNK gezwungen, da ihnen die nötigen Fachkräfte und Verbindungen auf dem Weltmarkt fehlten. Durch Management-Verträge behalten TNK wesentlichen Einfluß auf Produktion, Technologiewahl, Vermarktungs- und Beschaffungsentscheidungen. Ohne die lästigen Beschränkungen des Gewinntransfers kassieren die Konzerne die Managementgebühren. Das Verlustrisiko liegt bei den Eigentümern.

Gleichzeitig vermögen die Konzerne, welche Managementverträge haben, gezielt anderen Unternehmensteilen Aufträge zuzuschauen. So können die britischen Konzerne Tate & Lyle, Booker McConnell und Lonrho, die zahlreiche Zuckerplantagen in Afrika verwalten, den Inputbezug von ihren britischen Töchtern forcieren.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank favorisieren bei ihren „Anpassungsprogrammen“ solche Privatisierungsmaßnahmen. Auch andere Standardelemente ihrer „Stabilisierungs“-programme begünstigen das Agrobusiness.

Die Agrokonzerne verwalten nicht allein Plantagen bei afrikanischen Exportprodukten wie Zucker oder Tee.

Vielmehr haben afrikanische Regierungen auch auf die Nahrungsmittelkrise reagiert, indem sie Agrokonzernen die Leitung von Pflanzungen mit Nahrungsmitteln übertrugen, anstatt gezielte Förderungsprogramme für die Familienlandwirtschaft zu entwickeln und durchzuführen. Selbst so progressive Länder wie São Tomé e Príncipe und Tansania (teil-)reprivatisierten in den letzten Jahren Plantagen.

Plantagen reprivatisieren!

Manche Agrokonzerne zogen sich aus der direkten Agrarproduktion zurück, um sich auf gewinnträchtigere Geschäftssparten zu konzentrieren. So verkaufte der britische Zuckermulti Tate & Lyle bis zu Anfang der 70er Jahre fast alle Plantagen und diversifizierte in die Bereiche Vermarktung, Verarbeitung, Beratung und Zubehör. In jüngster Zeit zeigen Gesellschaften wie Dalgety, Inchcape, James Finlay wieder verstärktes Interesse an Plantagen.

Dieser Trend ist in Nigeria besonders deutlich. Dort stellen durch Devisenmangel verursachte Importbeschränkungen Unternehmen, die Agrarprodukte verarbeiten oder sich auf den Handel mit Luxusgütern spezialisiert haben, erhebliche Probleme.

Lockende Anreize der Regierung und der Wunsch, nichtkonvertierbare Naira-Guthaben anzulegen, wecken das Interesse von UAC (Teil des Unilever-

Imperiums), John Holt, Tate & Lyle oder Total Nigeria an Investitionen in der kommerziellen Landwirtschaft. Ein verhältnismäßig neues Expansionsfeld in Afrika ist für Agrounternehmen der Anbau und Export von Blumen und in Europa außersaisonalen Obst- und Gemüsesorten.

Großen Einfluß auf die Agrarentwicklung in Afrika räumen Consultingverträge dem Agrobusiness ein. Consultingfirmen „erweisen sich als profitables Mittel, die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft zu gestalten“, so Barbara



Cargill Exportsilo in Houston / Texas

Dinham und Colin Hines in ihrer Studie über Agrobusiness in Afrika, „denn sie bieten den Unternehmen eine gute Gelegenheit, die Entwicklung so zu gestalten, daß sie ihren eigenen Interessen entgegenkommt.“

In der Regel handelt es sich dabei um Großprojekte, entweder auf der Grundlage von Plantagen (die dem Staat oder Staatsunternehmen gehören) oder Vertragsbauern-Projekten, bei denen die Bauern (auf Kreditbasis) mit den notwendigen Inputs versorgt werden und die Agrarerzeugnisse auf ihrem eigenen Land anbauen.

Eine zentralisierte Fabrik (mit oder ohne dazugehöriger 'Kern'-Pflanzung) verarbeitet im allgemeinen die Erzeugnisse.“ Viele Agrokonzerne halten sich Consulting-Töchter. Die Consultingaufträge sind oft „hilfs“-finanziert.

Entscheidungen in Konzernzentralen können sehr weitgehende Konsequenzen für die Produktionsstruktur einzelner Länder haben.

Als sich in Zaire nach der Unabhängigkeit das „Investitionsklima“ für Unilever drastisch verschlechterte, verlagerte Unilever seine Palmölproduktion nach Malaysia, wo „das geographische Klima günstiger und das politische Klima weniger explosiv als in Zaire“ war (B. Dinham/C. Hines).

Ein anderes Beispiel ist die Teeproduktion. Als Indien 1947 und Sri Lanka

1948 unabhängig wurden, war eine schrittweise Ersetzung der Teesträucher erforderlich. Die Teegesellschaften nahmen jedoch die fälligen Investitionen nicht vor (gleiches galt zunächst auch für nationale Nachfolgeunternehmen) und investierten stattdessen in andere Bereiche in Südostasien oder begannen, den Teeanbau in Afrika zu fördern. „Brooke Bond (inzwischen von Unilever geschluckt; J.B.), Lipton, Cadbury, Lyons und Co-op (alles britische Multis)“, berichtet Al Imfeld, „hatten ihre Experten im Europäischen Entwicklungsfonds, der bald bereit war, für neue Teeplantagen in Kenya, Uganda, Ruanda, Burundi und Malawi Millionenkredite zur Verfügung zu stellen.“

Das afrikanische Teeland eignete sich bestens zum Anbau von Grundnahrungsmitteln. Der Tee soll Devisen ernten.

Aufbau und Unterhalt der Teeplantagen, ausländisches Management sowie aufwendige Trocknungsanlagen und Fabriken machen jedoch auch hohe Devisenaufwendungen erforderlich.

Die Teearbeiter verdienen kümmerlich. Der tägliche Mindestlohn betrug im Dezember 1985 in Malawi 0,30 Pfund, in Sri Lanka und Indien 0,73 Pfund, in Kenia 0,79 Pfund und – als Spitzenwert – in Simbabwe 1,31 Pfund. „...in der Rangfolge der mangelernährten Gruppen“, so der simbabwische Wissenschaftler Thomas Shopo, „sind die Farmarbei-

Hanne Denk

Fallbeispiel Kenia

Multigeschäfte untergraben die Selbstversorgung

„Wir sind einzig damit beschäftigt, für heute, für morgen noch etwas Eßbares aufzutreiben“, so beschreibt ein Bauer aus dem Meru-District seine Situation.

Berichte über Hungersnöte im Touristenparadies Kenia finden sich in der Presse selten. Dennoch ist Kenia auf der UN-Liste der von Hunger ernstlich betroffenen Länder verzeichnet, ist das ostafrikanische Land Empfänger von EG-Nahrungsmittelhilfe.

Lokale Mißernten und daraus resultierende Nahrungsmittelverknappung treten immer wieder auf. Und dies nicht nur in den semiariden Zonen im Norden des Landes, von dessen nomadischer Bevölkerung mittlerweile fast ein Drittel auf Hungerhilfe angewiesen ist.

Auslaugende Devisenbringer

Eine lange Dürreperiode hat in den 80er Jahren auch in Teilen des zentralen Hochlandes, dem Hauptanbaugebiet, Hunger ausgelöst. Landverknappung, Ausdehnung der Exportkulturen, Bodenerosion lassen die Bevölkerung immer weniger in der Lage sein, ökologisch bedingte Krisen, die frühere Generationen ohne Hungerskatastrophen überbrücken konnten, aufzufangen.

Seit 1980 muß das Land, das bislang stolz auf seine Selbstversorgung war, Mais, das wichtigste Grundnahrungsmittel, importieren. Der Mangel ist chronisch geworden und eine Rückkehr zur Eigenversorgung mit Mais kann nur durch enorme Kapazitätssteigerungen erreicht werden.

Einer noch intensiveren Nutzung vorhandener Flächen sind Grenzen gesetzt. Nur 7% sind guter Ackerboden und niederschlagsreich, 4,5% von ausreichender Bodenqualität. Die Trockengebiete nehmen fast 70% des Landes ein.

Alarmierend wirkt ein Bericht der kenianischen Regierung, der feststellt, „daß die landwirtschaftliche Expansion in den vergangenen Jahren auf Kosten einer weitreichenden Bodenerosion, einer Auslaugung des Bodens und Zerstörung der einheimischen Wälder erreicht worden ist“.¹

Aufgrund ihrer hohen Auslandsverschuldung hatte die Regierung Moi zunehmend die Ausweitung der devisenbringenden cash-crop (Handelsgewächse, d.h. für den Weltmarkt bestimmte Agrarprodukte wie Baumwolle, Tee usw.)-Produktion gefördert – und ökologische Schäden und Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln in Kauf genommen.

Kenias Bemühen nach der Unabhängigkeit 1963, mittels Importsubstitution eine einheimische Industrie aufzubauen, erlitt in den 70er Jahren einen Rückschlag, nicht zuletzt durch verteuerte Ölimporte, auf die das Land angewiesen ist. Der Agrarsektor, aus dem mehr als die Hälfte der Exporterlöse stammen, dominiert weiterhin die Wirtschaft.

Wichtige Devisenbringer sind Kaffee (1979:29%) und Tee (16%), außerdem Pyrethrum und Sisal (1-2%). Um seine Weltmarktabhängigkeit von Kaffee und Tee zu

verringern – brachten beide 1977 noch 77% der Gesamterlöse ein, waren es nach dem Preisverfall 1979 nur noch 50%² –, diversifizierte Kenia das Angebot seiner landwirtschaftlichen Exporterzeugnisse.

Nun werden neben Zucker auch Gemüse, Ananas, Erdbeeren und Blumen ausgeführt. Luxusgüter, die die knappen Bodenressourcen dem Anbau von Nahrungsmitteln für den einheimischen Markt entziehen.

Doch schon in der Kolonialzeit waren die fruchtbaren Böden im Hochland für die Tee- und Kaffeepflanzungen der britischen Siedler und Gesellschaften reserviert. Die afrikanische Bevölkerung wurde in Reservate abgedrängt.

Oder die zur Plantagenarbeit verpflichteten Kikuya-Bauern erhielten eine winzige Parzelle zur Selbstversorgung auf dem Farmland. Infolge der Landverknappung wurde der Boden überbeansprucht und jahrhundertlang klimatisch und ökologisch angepaßte Anbaumethoden (Mischkultur, Brachezeiten) aufgegeben.

Diese ungleiche Landverteilung blieb auch nach der Unabhängigkeit ein wesentliches Merkmal der kenianischen Agrarstruktur. Die Plantagen der ausländischen Unternehmen wurden nicht angetastet, allein die Ausdehnung der Nutzflächen untersagt.

Einige der ehemals europäischen Farmen wurden in Staatsfarmen umgewandelt, die restlichen Ländereien gelangten in den Besitz der finanzkräftigen kenianischen Bourgeoisie.

Diesen Großbetrieben steht die Vielzahl kenianischer Kleinbauern gegenüber, die von der Subsistenzlandwirtschaft leben. Ihre wenigen Überschüsse verkaufen sie auf dem

lokalen Markt, um Bargeld für einfache Konsumgüter, Schulgebühren usw. zu erhalten. Verschlechterung der Böden, Erbteilung, Landknappheit und der wachsende Bevölkerungsdruck (jährlich 4%) zwingen viele Familien, in dünnerbesiedelte Gebiete mit geringem landwirtschaftlichen Potential umzusiedeln oder aber in die Städte abzuwandern.

Daneben hat sich ein kleinbäuerlicher Sektor herausgebildet, der cash crops erzeugt. Durch staatliche Förderung wurden hauptsächlich Kaffee und Tee zu einem kleinbäuerlichen Agrarprodukt.

Die transnationalen Unternehmen haben sich der veränderten Situation angepaßt. Sie sind zu einer intensiveren Bewirtschaftung, verbesserten Verwaltung ihrer verbliebenen Flächen und zu ertragreicheren Sorten übergegangen.

Viele Multis schätzen mittlerweile den Vorteil, das Produktionsrisiko den Kleinbauern zu überlassen. Sie kümmern sich vorrangig um das Management, liefern das technische Know-how, kontrollieren Weiterverarbeitung, Transport, Handel, Vertrieb und Verteilung der Produkte.

Oder sie investieren in anderen Branchen, wie Brooke Bond Liebig z.B. in der Gemüseproduktion und Agrochemie. Der Tabakriesen BAT (British American Tobacco) unterstützt das kenianische Landwirtschaftsministerium beim Aufbau einer Geflügelindustrie.

Als eine ihrer vordringlichsten wirtschaftspolitischen Aufgaben sieht die Regierung Moi die Verbesserung ihrer Zahlungsbilanzen an. Hierbei fällt der Erweiterung der einheimischen Nahrungsmittelverarbeiten-



Arbeiter einer Teeplantage im kenianischen Hochland

den Industrie eine wesentliche Rolle zu. Nahrungsmittelimporte wie Weizen, Frühstücksflocken und Zucker, die vor allem den städtischen Konsumenten dienen, verschlingen wertvolle Devisen. Zucker ist für viele afrikanische Staaten zum zweitwichtigsten Ausgabeposten für Nahrungsmittel geworden.

Neben einer Verringerung der Importausgaben, so hofft man, könnten Überschüsse der einheimischen Produktion im Gegenteil noch exportiert werden und Devisen einbringen. Auch zeigen Kenias Politiker Interesse an der Perspektive Zucker in Äthanol umzuwandeln, wie es bereits von Brasilien praktiziert wird, um damit Kraftstoffreserven einzusparen.

Um einen raschen Ausbau der einheimischen Zuckerindustrie zu gewährleisten, hat sich die Staatsführung für eine Beratung und Beteiligung durch das Agrobusiness entschieden. Politische Stabilität, ein günstiges Investitionsklima (Gesetz zum Schutz ausländischer Investitionen) und ein expandierender städtischer Absatzmarkt bieten diesem gegen Anreize.



Ablieferung gepflückter Kaffeebohnen

Am kenianischen Zuckergeschäft sind u.a. die Unternehmen Madhavi und Metha (Indien) sowie die britischen Multis Lonrho, Tate & Lyle und Booker McConnell beteiligt. Diese beraten und managen die zumeist staatlichen Pflanzungen und Fabriken, und erhalten für ihre Dienstleistungen entsprechende Vergütungen.

Am kenianischen Zuckerprojekt Mumias ist Booker McConnell zwar nur mit 5% des Grundkapitals beteiligt, doch das Management wurde von ihm übernommen. Die Aktienmehrheit des Staates bedeutet zudem, daß Infrastrukturmaßnahmen von staatlicher Seite finanziert werden müssen. Außerdem können so Entwicklungshilfegelder eingesetzt werden.³

Neben den Kernplantagen erzeugen Kleinbauern auf Vertragsbasis Zuckerrohr. Staatliche Investitionsanreize haben viele bewogen ihren traditionellen Maisanbau aufzugeben, um stattdessen Zuckerrohr anzupflanzen.

Dies führte im Zuckergürtel Kenias, den westlichen Provinzen, mittlerweile zu einer erheblichen Verknappung von Grundnahrungsmitteln. Ärztlichen Berichten zufolge haben in dieser Region, der eigentlichen Kornkammer des Landes, Mangel- und Fehlernährung zugenommen.⁴

Viele Bauern bepflanzen den größten Teil ihrer Felder mit Zuckerrohr, und es bleibt ihnen für den Anbau von Mais und Bohnen nur eine geringfügige Fläche über. Um die großen Familien zu ernähren, werden diese Parzellen intensiv bewirtschaftet, die Böden mehr und mehr ausgelaugt.

Die Erträge vermindern sich. Sinken zusätzlich die Erzeugerpreise, bedingt durch Weltmarktschwankungen und Quotenkürzungen, kehrt Hunger in die Gegend ein. Manche Zuckerunternehmen zeigen sich dann auch unfähig, mangels Lagermöglichkeiten die Ernten aufzukaufen, da sie zunächst die Produktion der Kernplantage verarbeiten. Protestkundgebungen der hungernden Bevölkerung werden mittels Polizeigewalt aufgelöst.⁵

Den Kauf zusätzlicher Nahrungsmittel können sich viele Familien in Krisenzeiten oder Dürreperioden nicht leisten. Ein Sack Mais kostet dann oft das Dreifache. Oder es gibt in der von Monokultur geprägten Region einfach keinen Mais zu kaufen.

Während von staatlicher Seite Kaffee- und Teevermarktungsbehörden gefördert wer-

den, liegt der Aufbau von funktionierenden Einkaufs- und Verteilungsorganisationen bei Grundnahrungsmitteln eher im argen. So wurde zu Anfang der 80er Jahre trotz absehbarer Dürreschäden noch Mais exportiert. Es fehlte an Lagermöglichkeiten für die Rekordmengen der vorangegangenen Jahre.

Aber auch die veränderten Ernährungsgewohnheiten verstärken das Hungerproblem. Hybridmais hat die trockenheitsresistenteren Nutzpflanzen wie Hirse und Sorghum vielerorts verdrängt. Die hochgezüchteten Maissorten, die jährlich neues Saatgut benötigen, reagieren empfindlicher auf Wassermangel, was oft zu ganzen Ernteausfällen führt.

Auch Jams ist in Kenia selten geworden. Diese sehr anspruchslose, stärkehaltige Knollenfrucht bleibt im Boden, dort läßt sie sich jahrelang lagern. Nur braucht Jams, eine Schlingpflanze, Bäume zum hochranken. Diese jedoch mußten u.a. vielen Monokulturen weichen.

Daß Monokulturen nicht nur kurzfristig Hunger bringen, sondern auch langfristig Hunger erzeugen, erleben die Tabakbauern in der Gegend von Meru. Dort hatte Ende der 70er Jahre BAT Kenya Ltd., eine große Tochter des Multis British American Tobacco (BAT), zahlreiche Kleinbauern motivie-

ren können, Tabak für den einheimischen Absatz anzubauen.⁶

Die hohen Erzeugerpreise verleiteten viele kleinbäuerlichen Betriebe dazu, ihre Selbstversorgung ganz aufzugeben. Setzlinge, Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel wurden von BAT geliefert, die auch die Erntebahnung garantierte.

Die Tabakmonokulturen setzten der Umwelt jedoch enorm zu. Zur Fermentierung der grünen Blätter werden riesige Mengen Holz benötigt, pro ha Tabak etwa 1-2 ha Wald vernichtet. So begannen die Bauern die umliegenden Hügel abzuholzen.

Der Kahlschlag hatte Bodenerosion, Austrocknung des Bodens und schließlich Verwüstung zur Folge. BAT hatte sich Investitionskosten für eine moderne Fabrik- und Trockenanlage gespart, ohne Rücksicht auf die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, ohne Rücksicht auf die künftige Nahrungsmittelsicherheit der lokalen Bevölkerung. Lohnt sich in einer Gegend der Anbau für den Konzern nicht mehr, verlagert er seine Produktionsstätte.

Auf landesweite Proteste hin beteiligt sich das Unternehmen jetzt an der Wiederaufforstung. Er liefert Setzlinge an die Bauern, doch sind deren Böden landwirtschaftlich unbrauchbar geworden.

Man ist sich in Kenia des Problems der Abholzung mittlerweile sehr bewußt geworden. Von Wiederaufforstung ist in Kenia, das nur noch über 3% bewaldete Flächen verfügt, überall die Rede. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Kengo (Kenyan Energy Non-Governmental Organizations Association), Green belt-Movement und viele mehr nehmen Aufforstungsprogramme in Angriff.

Kommunale Verwaltungen, Genossenschaften, Schulklassen und Frauengruppen werden angeregt und beraten Bäume zu pflanzen. Besonders Frauen auf dem Lande, – sie müssen oft in 10-12 stündiger Arbeit Brennholz herbeischaffen – reagieren positiv.

Auch die betroffenen Zuckerrohr- und Tabakbauern haben aus der Hungersnot gelernt und sich umgestellt. Sie reduzieren ihre cash-crop-Anbauflächen und bauen wieder vermehrt Feldfrüchte für den Eigenbedarf an, soweit es ihnen Landressourcen und Verschuldung erlauben.

Wenn die kenianische Staatsbürokratie ihre immer wieder geäußerte Priorität der Selbstversorgung konkret durch faire Erzeugerpreise, gerechte Landaufteilung, verbesserten Vermarktungs- und Kreditmöglichkeiten für food-crop (Selbsternährungsgewächse) erzeugende Kleinbauern unterstützt, bleibt allerdings abzuwarten.

Anmerkungen:

- 1) Zit. bei: Dinham/Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika, Heidelberg 1985, S. 126
- 2) Siehe ebd., S. 123 und 124
- 3) A. Imfeld, Zucker, Zürich 1983, Dinham/Hines, S. 101ff.
- 4) Vgl. V. Kasch/U. Leffler/P. Schmitz, R. Tetzlaff, Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Bornheim-Merten 1985, S. 113
- 5) Vgl. ebd., S. 111ff. und L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika, Wuppertal 1986, S. 94
- 6) Kenya Times, 20.3.1985; A. Bänzinger, Die Saat der Dürre, Afrika in den achtziger Jahren, Bornheim-Merten 1986, S. 111; V. Kasch u.a., Multis und Menschenrechte... a.a.O., S. 110f.; Deutsche Volkszeitung, 26.2.1981

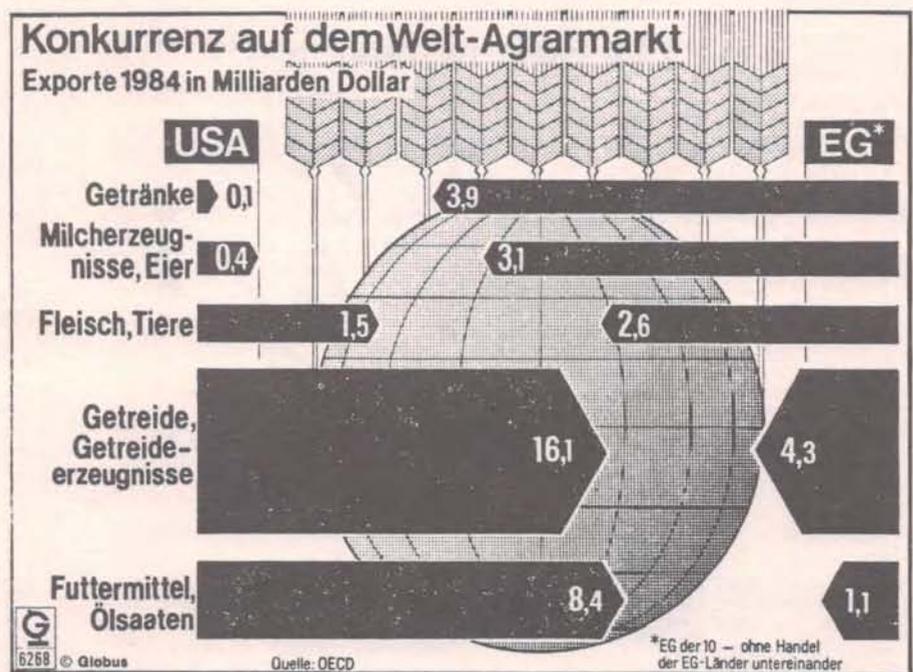
ter, die mit ihren Familien ungefähr 25% von Simbawes Bevölkerung ausmachen, am schlechtesten dran."

Auf die Erhöhung der Mindestlöhne reagierten die kommerziellen Farmer in Simbabwe durch Intensivierung der Arbeit, Produktionsumstellungen und verstärkter Einsatz von Teilzeitkräften. Höhere Löhne gefährdeten die internationale Konkurrenzfähigkeit, so argumentieren die Agrobetriebe – nicht allein in Simbabwe – gegen Lohnerhöhungen.

Afrikas Export fremdbeherrscht

Nicht selten haben Plantagenbetriebe in Afrika Schwierigkeiten, vor allem für Arbeitsspitzen, eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zu rekrutieren. Der Grund: miserable Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die TNK dominieren die Weltmärkte für Afrikas Exportprodukte (vgl. Tabelle). Mittels staatlicher Vermarktungsgesellschaften haben einige afrikanische Staaten zumindest eine Kontrolle über Exportmengen und -preise; eine konzerninterne Unterfakturierung der Exporte, eine Variante der berüchtigten Transferpreismanipulationen, zwecks Gewinntransfer wird so unterbunden. Da den Vermarktungsbehörden nur wenigen Konzerne als potentielle Abnehmer gegenüberstehen, sind ihre Handlungsspiel-



räume jedoch gering.

Bei den internationalen Rohstoffabkommen, die, so die Absicht, die Rohstoffpreise stabilisieren sollen, verhandeln zwar Regierungen, im Hintergrund stehen aber die Konzerne. Diese sind nicht notwendigerweise gegen derartige Abkommen. So kommentierte der Zuckermulti Tate & Lyle die Zuckerabkommen so: „Die Abkommen haben uns sehr genützt.“

Umstellungen bei den Produktionsver-

fahren in den kapitalistischen Metropolen können enorme Veränderungen auf den Rohstoffmärkten nach sich ziehen. Das wird den zuckerexportierenden Staaten derzeit drastisch vor Augen geführt.

Die Umstellung von Zucker auf Isoglucose auf Maisbasis der führenden Soft-Drink-Hersteller in den USA hat zu einem enormen Rückgang des Zuckerverbrauchs in den USA geführt.

Von enormer Bedeutung sind TNK auch bei Herstellung und Lieferung von Inputs für die Agrarproduktion. Das fängt schon beim Saatgut an.

Wesentliche Veränderungen auf diesem Feld bewirkte die Entwicklung und Verbreitung sog. Hohertragsorten, die sog. Grüne Revolution. Die Initiative ging von US-amerikanischen Industriestiftungen aus.

Kontrollschlüssel Saatgut

Die Düngemittelindustrie, deren Absatz durch die neuen, auf hohe Düngergaben angewiesenen Sorten stimuliert wurde, gehörten lange zu den aktiven Förderern des Projektes. „Hat man die Kontrolle über das Saatgut“, so der kanadische Experte Pat Mooney, „ist man der Kontrolle über die gesamte Nahrungskette schon recht nahe: Man kann bestimmen, welche Pflanzen angebaut werden, welche Agrochemikalien eingesetzt werden und wo die Produkte verkauft werden.“

Diese Tatsache ist den TNK nicht entgangen. Sie sind voll in das Geschäft mit dem Saatgut eingestiegen.

Sehr hilfreich sind für sie zahlreiche „Hilfs“programme multilateraler Organisationen und bilateraler „Hilfs“geber. Diese fördern nämlich den Einsatz von Hohertragsaatgut.

Transnationale Konzerne, die den Weltmarkt für Afrikas wichtigste Agrarerzeugnisse beherrschen		
Erzeugnis	Unternehmen	Bemerkungen
Kakao	Cadbury-Schweppes, Nestlé, Gill & Duffus, Rowntree	Diese 4 TNK kontrollieren zusammen 60-80% des Weltkakaohandels
Tee	Unilever, Cadbury-Schweppes, J. Lyons (jetzt Tochter von Allied Breweries), Nestlé, Standard Brands, Kellogg's, Coca Cola	Über sie läuft ca. 90% des in Westeuropa und Nordamerika vertriebenen Tees
Kaffee	Nestlé, General Foods, Rothfos, Jacobs-Suchard, Cargill	
Zucker	Tate & Lyle, Sucden, Philip Brothers	
Melasse	Tate & Lyle	40% des Welthandels
Palmöl	C Itoh, Unilever, Lesieur	
Tabak	BAT, R.J. Reynolds, Phillip Morris, Imperial Group, American Brands, Rembrandt Group (Rothmans; Südafrika)	Kontrollieren zusammen 89-95% des Rohtabakhandels
Baumwolle	Velkart, Cargill, Bunge, Ralli Brothers, Soga Shosho, Bambax, Blanchard	Diese TNK kontrollieren zusammen mit 9 anderen Mischkonzernen 85-90% des Weltbaumwollhandels
bei Afrikas Agrarimporten:		
Getreide	Cargill, Continental Grain, Bunge y Born, Louis Dreyfus, André et Cie.	Zusammen 87% des Weltgetreidehandels (im Jahr 1983)

(Quellen: B. Dinham & C. Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika (Vorwort von Al Imfeld), Heidelberg/Brazzaville 1985, S. 60, Tab. 1.2.; ergänzt und aktualisiert durch: A. Imfeld, Zucker, Zürich 1983, S. 68; South, London, Mai 1986, S.45; Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1984, S. 34 und Juni 1985, S. 25)



Es gelang den Multis, zuerst bei der Welt-ernährungsorganisation FAO und später beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Naionen (UNDP), unter das Mäntelchen der UNO zu schlüpfen, um von dort ihre „technischen“ Lösungen voranzutreiben.

Besonders wichtig ist den Multis der patentähnliche Sortenschutz. Während die Multis sich das Saatgut teuer bezahlen lassen, besorgen sie sich das Grundmaterial meist aus der Dritten Welt – ohne zu zahlen, versteht sich.

Verlust an genetischer Vielfalt

Besonders lukrativ ist die Züchtung von Hybriden. Diese können nämlich nur einmal verwendet werden, so daß das Saatgut für jede Saat neu gekauft werden muß. Die Hybridforschung ist nur Großfirmen möglich.

Auf dem Saatgutsektor hat sich eine starke Konzentration vollzogen. Er wird von Öl- und Chemiekonzernen dominiert.

Führend ist Shell mit 71 Saatguttöchtern und vertraglichen Arrangements. Es folgen Sandoz und Ciba-Geigy, beide aus der Schweiz. Auch Kema Nobel und Car-do (beide Schweden), Elf-Aquitaine und Rhône-Poulenc (beide aus Frankreich), Suiker-Unie (Niederlande) und u.a. die US-Unternehmen Pfizer, Upjohn, Olin, Occidental und Cargill sind Größen im Saatgutgeschäft. Auch Höchst und Bayer sind ins Saatgutgeschäft eingestiegen.

Daß so viele Chemiekonzerne im Saatgutgeschäft zu finden sind hat seinen guten Grund: Sie stimmen Saatgut und Agrochemikalien aufeinander ab und verkaufen sie gleich als Paket.

Das Hohertragssaatgut ist gegen Krankheits-epidemien anfälliger und benötigt

zur Entfaltung seiner Hohertragskraft in der Regel hohe Düngergaben. Damit kommt dieses Saatgut nur für Landwirte mit höherer Marktproduktion in Frage. Die afrikanischen Staaten müssen die Vorprodukte zum wesentlichen Teil einführen; entsprechend steigen die Exportzwänge. Das weltbankgeförderte Nationale Maisprogramm in Tansania, das Hybridmais verwendete, war beispielsweise weitgehend ein Mißerfolg.

Experten, so Philip Raikes, „haben ohnehin die Idee der Monokultur plus Dünger als eine langfristige Strategie unter Bedingungen, wo der Verschlechterung der Bodenstruktur oft ein Hauptproblem ist, in Frage gestellt“. Ökologisch noch weit bedenklicher ist, daß die Züchtungspolitik der Konzerne zu einem immer stärkeren Verlust an genetischer Vielfalt führt.

Zuletzt noch zu einer weiteren, häufig vernachlässigten Variante des Agrobusiness in Afrika: dem Agrobusiness als Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln.

In der „Weizenfalle“

Veränderungen in der Sozialstruktur, Konzernstrategien und Nahrungsmittel-„hilfe“ haben in zahlreichen afrikanischen Ländern zu einem verstärkten Brotkonsum geführt. Weizen kann meist nicht angebaut werden oder doch nur zu enormen Kosten. Nicht allein Nigeria ist in der „Weizenfalle“, wie Gunilla Andrae und Bjorn Beckman eine Studie über Nigeria betiteln, gefangen.

Auch die Bierherstellung gehört zum Agrobusiness. Die Bierindustrie in Burkina Faso ist eine nur allzu bezeichnende Illustration der Rolle des Agrobusinesses in der Genußmittelproduktion.

1984 gab es in Burkina Faso zwei Brauereien (eine zu etwa 80% durch französisches Kapital kontrolliert, die andere mit 51% burkinabé Kapital). Die meisten Vorprodukte dieser Brauereien werden importiert.

Großzügige Steuervorteile sicherten ihnen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dolo, dem lokalen Bier auf Sorghobasis. Sorgho wird in Burkina Faso angebaut. Dolo wird nur von Frauen hergestellt. Etwa 15% der Frauen Burkina Fasos sind zumindest zeitweise mit dem Brauen von dolo beschäftigt.

In der industriellen Bierproduktion arbeiten nur wenige hundert Arbeiter. Dank staatlicher Begünstigung und dem Ruf der „Modernität“ konnte das „europäische“ Bier seit der Unabhängigkeit seinen Marktanteil stark ausweiten. Auch die Nahrungs- und Genußmittelmärkte Afrikas sind im Visier des Agrobusiness.

Wenn das Agrobusiness auch in begrenztem Maße industrielle Anlagen in Afrika betreibt, so sind doch Industrie und Landwirtschaft nicht aufeinander abgestellt. Wechselseitige Verbindungen zwischen Industrie und Landwirtschaft sind am ehesten in Südafrika sowie in Simbabwe gegeben. In beiden Fällen gibt es eine (nationale) Siedlerbourgeoisie von politischem Gewicht.

2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITUNG
Sonderheft 1/87

Die Kunst des Überlebens

NICARAGUA

Themen:

- Die Facetten der US-Aggression
- Contra-Krieg und Volksverteidigung
- Die Menschenrechtskampagne
- Soziale Bilanz der Revolution
- Der Weg zur Überlebenswirtschaft
- Die Amtskirche stößt auf Widerstand
- Die neue Verfassung
- Städtepartnerschaften
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Contra-Hilfe

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt. Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Aboppreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

befristet für ein Jahr

unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

Rechnung

Datum Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum Unterschrift

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort

Betr.: Kreditverlängerungen für Südafrika
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG und die Commerzbank AG sind Mitglieder im "Technischen Ausschuß" für die Umschuldung der von Südafrika nicht zurückgezahlten Kredite.
Rechtzeitig vor den Umschuldungsverhandlungen im Februar 1986 hat Präsident Botha "Reformen" in Südafrika angekündigt. Erwartungsgemäß wurden diese Versprechungen kaum eingehalten, die Abschaffung der Apartheid war ohnehin nicht geplant.
Seither hat sich die Lage in Namibia und Südafrika dramatisch verschlimmert. Schuld daran sind auch die bundesdeutschen Banken, die weiterhin mit dem Apartheid-Regime Geschäfte machen und Kredite geben oder verlängern.
Die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank haben den Kreditverlängerungen im Februar 1986 zugestimmt. Ich fordere Sie auf, weiteren Umschuldungen mit Südafrika solange nicht zuzustimmen, bis die Apartheid restlos abgeschafft ist.
Mit freundlichem Gruß

Datum des Poststempels

Georg Diederichs Hungernothilfe und das UNO/FAO-Konzept

In den meisten afrikanischen Ländern haben 1986 genügend Regenfälle zu einer deutlichen Verbesserung der Ernteaussichten und der Nahrungsmittelproduktion geführt, so daß die Gefahr einer fortgesetzten Dürre und einer daraus resultierenden Massenhungernot vorerst gebannt zu sein scheint. Trotzdem bleibt die Ernährungssituation in vielen Gebieten weiterhin prekär.

Gemeinhin wurde die jahrelange Dürreperiode (in manchen Gebieten gab es 17 Jahre lang unterdurchschnittlich geringe Regenfälle, wobei sie in den letzten fünf Jahren sogar um mehr als 40% hinter den normalen Durchschnittswerten zurückblieben) als zentrales Problem der „afrikanischen Hungerkatastrophe“ angesehen.

Doch konnte erst die Kombination von Dürre mit den sich allgemein verschlechternden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, einer fortschreitenden Verarmung, chronischen Strukturproblemen, verfehlten sektoralen Wirtschaftspolitiken sowie Fehlentwicklungen im ökologischen und sozialen Bereich eine Notlage des bekannten tragischen Ausmaßes hervorrufen.

Geld rein, Hunger raus?

Zu Beginn des Jahres 1985 hatte die durch das Zusammenwirken der genannten Faktoren bedingte Krise schier unvorstellbare Dimensionen angenommen: Schätzungsweise 150 Mio Menschen lebten in den von Dürre betroffenen Ländern, bedroht von Hunger und Unterernährung. 30 bis 35 Mio – davon 3/4 Frauen und Kinder – waren besonders gefährdet. Etwa 10 Mio waren geflohen oder hatten ihre Wohnstätten auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Weiden verlassen. Fast die Hälfte war in zeitweiligen Auffanglagern untergebracht. Hunderttausende starben.

Die mittels Fernsehen in die Wohnstuben transportierten Schreckensbilder aus Äthiopien, Mosambik oder Mali lösten daraufhin eine regelrechte Welle „demonstrativer Nächstenliebe“ aus. In der Bundesrepublik etwa erbrachte ein im Januar 1985 medienwirksam inszenierter „Tag für Afrika“ die Massenkollekte von 120 Mio DM für die Hungernoten.

Und das von dem irischen Pop-Star Bob Geldof im Sommer desselben Jahres organisierte Rock-Spektakel „Live Aid“, eine per Satellit zusammengekoppelte Synchronveranstaltung in London und Philadelphia, an der fast die gesamte Riege bekannter Rockmusiker sowie eine Fernsehgemeinde von 1,5 Mrd Menschen teilnahm, trug immerhin umgerechnet rund 200 Mio DM ein.

Doch dem Höhenflug barmherzigen Samaritertums sollte schon bald erste Ernüchterung folgen. So stellte sich z.B. heraus, daß ein Großteil der in der Bundesrepublik gespendeten 120 Mio DM, trotz aller Aufrufe zur „Soforthilfe“, zunächst einmal auf den Konten der Hilfsorganisationen verblieb. Und auch von dem Geld, das bereits ausgegeben worden war, blieb das meiste im Land: bei den Produzenten von Zelten, Decken, Lagerhallen und bei den internationalen Speditions- und Luftfrachtgesellschaften, – als satte Profite.

Und auch Bob Geldof, der mit „Band

Enthusiasmus caritativer Hilfe mischten sich kritische Stimmen, die darauf hingen, daß das Prinzip „Geld rein, Hunger raus“ so einfach nicht funktionieren würde.

Wer etwa den Eindruck erwecke, mit Spendengeldern oder auch mit den bescheidenen Summen unter dem Etikett Entwicklungshilfe sei der Hunger in der Welt zu beseitigen, der säe nicht nur Resignation. Er mache sich auch mitschuldig daran, daß die Probleme verharmlost würden und daß „die Profiteure ungerechter, entwicklungsheimlicher, Hunger verursachender Faktoren, von öffentlicher Kritik unbehelligt, weiterwursteln können wie bisher“. Dies erklärte z.B. der Pressereferent von „Brot für die Welt“, Herbert Hassold, im Januar 1985 bei einer Tagung der Rabanus Maurus Akademie zum Thema „Hungerhilfe“ in Wiesbaden.

Produktionshilfe tut Not!

Es käme darauf an, so Hassold weiter, „das ganze System zu hinterfragen, das die Entwicklungsländer dazu zwingt, agrarische Potentiale für unseren Überfluß statt für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu nutzen“.

Kritische Stimmen kamen und kommen aber auch aus Afrika selbst. So erklärte etwa der Staatschef Burkina Fasos, Thomas Sankara, in einem Interview mit



FAO-Regionalkonferenz zu Afrika in Yamoussoukro 1986

Aid“ schon vor dem Mammut-Rock-Konzert „Live Aid“ und danach noch mit „Sport Aid“ Aktionen für die Afrikanerhilfe organisiert hatte, mußte sich, mittlerweile von der englischen Königin sogar mit einem Orden dekoriert, fragen: „War das alles?“ So lautet zumindest der Titel eines kürzlich von ihm veröffentlichten Buches.

Doch auch schon in den anfänglichen

„Fraternité Matin“, einer in Abidjan (Elfenbeinküste) erscheinenden Tageszeitung: „Wenn ich sage, daß uns heutzutage, da wir uns der Dürre und dem Vorschreiten der Wüste gegenübersehen, niemand in konkreter Weise hilft, dann meine ich damit folgendes:

Ich möchte, daß die Hilfe sich deutlich von der Nahrungshilfe unterscheidet, wie sie uns die Staaten des Nordens heu-

te gewähren. Denn diese Hilfe stellt in Wirklichkeit eine Behinderung unserer eigenen Entwicklungsanstrengungen in der Landwirtschaft dar, weil sie bei unseren Bauern eine Bettler-Mentalität fördert. (...)

Unsere Landwirtschaftsexperten sind Experten im Briefeschreiben geworden. Die brauchen nur noch Briefe an internationale Organisationen zu schreiben, in denen sie diese um Nahrungshilfe anbetteln. Dies ist der einzige Beitrag, den sie leisten, oder jedenfalls der meisten dieser Leute.

Wir aber sagen dazu Nein, und fordern, daß die Nahrungshilfe nach und nach durch Produktionshilfe ersetzt wird, durch eine Hilfe, die uns die Produktionsmittel gewährt, wie etwa Maschinen, Geräte, Dünger. Mit dieser Art von Hilfe sind wir voll einverstanden."

Eine für diese Art von Hilfe wichtige Institution ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen. Innerhalb der UNO fällt ihr die Verantwortung für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei, Forsten und ländliche Entwicklung zu.

Ursprünglich als eine im wesentlichen berichtende und die internationale Willensbildung auf ihrem Sektor koordinierende UN-Behörde entstanden, wuchs die FAO schnell in die Rolle eines technischen Dienstleistungsbetriebs für Entwicklungsfragen hinein.

So wurde sie, nach der Gründung des UN-Fonds für Technische Hilfe (1949) und des UN-Sonderfonds (1958), zum

Hauptauftragnehmer dieser später im UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) zusammengeschlossenen Finanzierungsinstrumente.

Im Rahmen ihrer Entwicklungsprogramme leistet die FAO technische Hilfe, Investitionsvermittlung und Sonderhilfe. Vor allem mit ihren mittlerweile über 5.000 technischen Hilfsprojekten ist sie in allen Teilen der Dritten Welt vertreten. Das FAO-Schild an der ländlichen Forschungsstation, der FAO-Geländewagen unterwegs in entlegene Gegenden, der FAO-Berater für Geflügelzucht, ländliches Kreditwesen oder Obstvermarktung im Projektgebiet u.a.m. sind in vielen Entwicklungsländern ein vertrauter Anblick.

Im Anschluß an Projekte der technischen Hilfe vermittelt die FAO Investitionen, d.h. sie bringt den Kapitalgeber und die Regierung des auf Investitionen angewiesenen Landes zusammen. Mit dieser Investitionsvorbereitung und Maklertätigkeit setzt die FAO übrigens etwa 2,5 Mrd Dollar im Jahr um.

Zwei Schienen der Afrikahilfe

Schließlich leistet die FAO noch Sonderhilfe, um von Naturkatastrophen und Hungersnöten betroffenen Ländern bei der akuten Linderung von Notständen zu helfen und die landwirtschaftliche Produktion wieder aufzubauen. Finanziert werden derlei Maßnahmen aus freiwilligen Beiträgen und aus Mitteln des FAO-Programms für Technische Zusammenarbeit (TCP). Zuständig für Mobilisierung und Koordination der Sonderhilfe ist das FAO-Büro für Sonderhilfemaßnahmen (OSRO).

In Afrika leistete 1984/85 allerdings das extra zu diesem Zweck vom UN-Sekretariat eingesetzte Büro für Nothilfemaßnahmen in Afrika (OEOA) den entscheidenden Beitrag zur Mobilisierung und Koordination der internationalen Sonderhilfe. Im OEOA arbeiteten Vertreter des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), des Katastrophenhilfsamts (UNDRO), des Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), des Kinderhilfswerks (UNICEF), des Welternährungsprogramms (WFP), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der FAO und des Büros für besondere politische Fragen im UN-Sekretariat zusammen.

Dieser wegen bürokratischer UN-Strukturen und unnötigem Kompetenzgerangel vor Ort zunächst schwierigen Zusammenarbeit war es aber doch zu verdanken, daß die bereitgestellte Nothilfe von ca. 3,8 Mrd \$ weitestgehend zeitgerecht und massiv eingesetzt werden konnte, was Hunderttausenden akut vom Hungertod bedrohten Menschen das Über-

leben gesichert hat.

Ende Oktober 1986 wurde das OEOA als separate Einheit des UN-Sekretariats wieder geschlossen. UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar (Peru) gab allerdings Vorkehrungen bekannt, die eine schnelle und wirksame Reaktion des UN-Sekretariats auf künftige komplexe Notlagen sicherstellen soll.

Bereits Ende Mai/Anfang Juni 1986 hatte sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit der kritischen Wirtschafts- und Versorgungslage auf dem afrikanischen Kontinent befaßt und ein „Aktionsprogramm der UNO für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas bis 1990“ verabschiedet.

Zum Abschluß ihrer fünftägigen Sondersitzung befürworteten die 159 Delegationen seinerzeit einen von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vorgelegten Plan, der bis 1990 Investitionen von 128 Mrd \$ vorsieht, von denen die afrikanischen Staaten selbst 82 Mrd \$ aufbringen wollen. Der Aufruf der OAU an den Rest der Welt, die fehlenden 46 Mrd \$ beizusteuern, fand bei den Delegierten allerdings ebensowenig ein Echo in Form konkreter Zusagen wie die Forderung, 1/3 der afrikanischen Auslandsschulden (175 Mrd \$) zu streichen. So hieß es denn im UN-Aktionsprogramm lediglich, die internationale Gemeinschaft habe sich „verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ausreichende Mittel zu finden und Afrika bei seinen Entwicklungsbemühungen zu unterstützen“.

Als Schwerpunkte des UN-Aktionsprogramms 1986-90 wurden die Landwirtschaft, die Bekämpfung der Wüstenausbreitung, die Modernisierung der Verwaltungen sowie die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit benannt. 1988 soll dann bei einer erneuten Sondervollversammlung der UNO zu diesem Thema eine Zwischenbilanz gezogen werden.

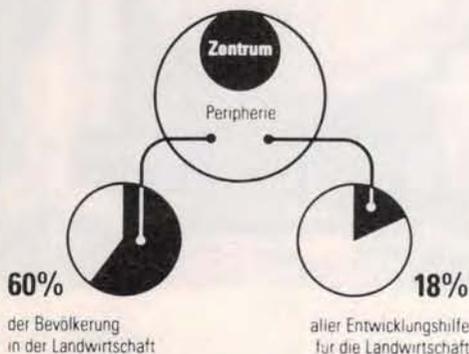
FAO-Prognose apokalyptisch

„Es gibt zwei Möglichkeiten der Hilfe“, schrieb FAO-Generaldirektor Edouard Saouma (Libanon) im Vorwort des Welt-ernährungsberichts 1985. „Die erste ist die Verbesserung der Leistung von Katastrophenhilfe. Die andere wäre die Schaffung einer Grundlage, auf der die Völker Afrikas ihre Landwirtschaft wieder aufbauen können. Afrika hungert nicht nur nach Nahrung, sondern auch nach den Mitteln, sie zu erzeugen.“

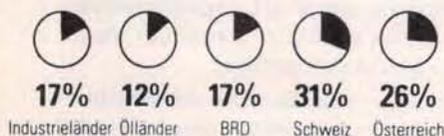
Um eine bessere Zukunft für Afrikas Landwirtschaft und damit eine Verbesserung der Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen, hat die FAO im September 1986 anläßlich ihrer

Entwicklungshilfe vernachlässigte die Landwirtschaft

Gesamte Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft 1974-1981



Öffentliche Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft 1979-1981





Setzlinge von Eukalyptusbäumen in Äthiopien – die FAO unterstützt die Wiederaufforstung

Regionalkonferenz für Afrika in Yamoussoukro (Elfenbeinküste) – quasi im Anschluß an das von der UN-Sondervollversammlung verabschiedete Aktionsprogramm – eine umfangreiche Studie mit dem Titel „Die afrikanische Landwirtschaft in den nächsten 25 Jahren“ vorgestellt.

Mit Hilfe eines für frühere Studien entwickelten Rechenmodells analysiert dieser FAO-Bericht zunächst, was geschehen würde, wenn die derzeitige Entwicklung über die nächsten 25 Jahre einfach so weiterginge. Die Ergebnisse sind geradezu apokalyptisch:

Die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf würde weiter fallen, durchschnittlich um 1% pro Jahr. Im Jahr 2010 würde Afrika demzufolge ungefähr 30% weniger Nahrungsmittel pro Kopf produzieren als im Jahr 1985. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Exportländer fiel von 26 auf vier und die Nahrungs-Selbstversorgungsquote würde drastisch sinken.

Während Nordafrika 1985 noch 53% seines Getreides selbst erzeugt habe, und die Länder südlich der Sahara 85%, würden diese Ziffern bis zum Jahr 2010 auf 34% bzw. 56% zurückgehen. Im Jahr 2010 würde Afrika 100 Mio t Getreide importieren müssen, um seine Defizite wettzumachen.

Allein die Kosten dieser Einfuhren würden mehr als das Doppelte der Erlöse aus den landwirtschaftlichen Exporten betragen, wenn diese weiterhin zurückgingen.

Als Ergebnis davon wären nur noch wenige Länder in der Lage, die Getreidemengen zu importieren, die sie benötig-

ten. Zwar könnte Nahrungsmittelhilfe einige akute Löcher stopfen, aber die meisten Länder wären nicht einmal mehr in der Lage, diese großen Mengen an Nahrungshilfe zu lagern und zu verteilen. Es gäbe daher immer wieder schwere Hungersnöte und „viele Länder würden sich an der Schwelle des Untergangs befinden“.

Solche Ergebnisse seien allerdings nicht unausweichlich. Laut FAO-Studie könnte z.B. die Agrarfläche um ungefähr 1% pro Jahr ausgedehnt werden, was die Gesamtagrarfläche von 215 auf etwa 265 Mio ha erweitern würde. Und auch die bewässerten Flächen könnten von 9,5 auf 14,5 Mio ha vergrößert werden.

Der Hauptanteil der Produktionssteigerung müßte jedoch aus höheren Erträgen kommen, die durch einen stärkeren Einsatz von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie etwa Dünger, verbessertem Saatgut und Mechanisierung zu erreichen wären. Dabei geht die FAO-Studie u.a. von einem sechsfachen Düngemittelverbrauch aus, was eine jährliche Verbrauchssteigerung von 7% bedeutet.

Eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation müßte allerdings auch mit Maßnahmen zur Erholung und Entwicklung der afrikanischen Ressourcenbasis, mit einer verstärkten Unterstützung der Bauern und nicht zuletzt einer Verbesserung des externen Wirtschaftsumfeldes einhergehen.

Vor allem Land- und Gewässerverschlechterung sind nach wie vor ein großes Problem. Agrarland wird überbeansprucht, Weideland überweidet, Wälder werden abgeholzt.

Aufforstung, Kleinbewässerung

Allein oder in Kombination führen diese Faktoren zu einer ständig zunehmenden Verwüstung. Die FAO-Studie schlägt deshalb eine Umstellung vom Wanderfeldbau auf den Anbau mehrjähriger Baumkulturen, Mischfeldbau, Nichtpflüge- oder zumindest Minimumpflügemethoden sowie die Errichtung von Barrieren gegen die Bodenerosion vor, um diese zu verhindern und die Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern.

In diesem Zusammenhang empfiehlt die FAO-Studie auch, das weitere Abholzen der Wälder zu beenden und stattdessen wieder aufzuforsten. Der akute Brennholzangel sollte durch die Anlage von Brennholzplantagen in der Nähe der Dörfer und durch „Industrieplantagen“ in der Nähe der Städte behoben werden. Da große Bewässerungsanlagen für die rentable Produktion von Grundnahrungsmitteln oft zu kostspielig sind, sollten sich die Bemühungen daher mehr auf die Verbesserung traditioneller Bewässerungsmethoden wie etwa die Sumpf- und

Überschwemmungsbewässerung konzentrieren.

Bei der notwendigen Bekämpfung der Wüstenbildung kritisiert die FAO-Studie, daß die Dorfgemeinschaften bisher zu wenig in diese Maßnahmen einbezogen würden. Die Anlage von Windbrechern, Schutzgürteln und Pflanzungen entlang der Straßen sowie die Integration von Forst- und Viehwirtschaft in die Landwirtschaft könnten hier die Basis für eine neue Strategie bilden, bei der die Dorfgemeinschaften eine Schlüsselrolle spielen.

Projekte der FAO

- Zusammenarbeitende Kleinbauern in acht Bezirken Westkenias haben eine 30- bis 60prozentige Steigerung der Milchproduktion gemeldet, seitdem sie ertragreiche Futtermittel verwenden, die von einem FAO/UNDP-Projekt eingeführt wurden.
- In Ruandas Teil des Kivu-Sees in Ostafrika hat ein Projekt zur Förderung des Fangs pelagischer Fische eine Jahresproduktion von 60 Tonnen vorher wenig gefangener Fische erbracht.
- Ein Wiederaufforstungsvorhaben der FAO bekämpft zwei chronische Probleme auf den Kapverden – Bodenerosion und Arbeitslosigkeit. Rund 1.200 Personen sind bei dem Projekt auf 8.000 Hektar beschäftigt. (Quelle: Das Parlament, Bonn, Nr. 36/7.9.1985, S.11)

„Regierungen können gar nicht so viele Kleinprojekte beaufsichtigen, daher muß die Verantwortung für eine Reihe von ihnen an die Bauern und die Dorfgemeinden abgegeben werden. Die Bauern setzen sich aber für solche Projekte nur dann ein, wenn sie sicher sind, daß die Pläne dafür von ihnen selbst ausgehen, daß sie von ihnen kontrolliert und ausgeführt werden, gemäß ihrem Bedarf, und daß der Nutzen daraus ihnen zukommen wird.“

Letztlich kommt es auch darauf an, die Bauern durch erhöhte Produktivität ihrer Arbeit in den Markt zu integrieren. Neben einer entsprechenden ökonomischen und sozialen Infrastruktur gehören dazu allerdings auch landwirtschaftliche Erzeugerpreise, die Produktionsanreize bieten.

„Diese praktischen Maßnahmen durchzuführen“, so FAO-Generaldirektor Edouard Saouma, „ist die schwierigste Aufgabe der nächsten 25 Jahre.“ Allerdings könnte so z.B. das Getreidedefizit von derzeit 100 Mio auf 76 Mio t gesenkt werden, was – laut FAO-Studie – eine erhebliche Verbesserung der Versorgungssituation in weiten Teilen Afrikas bedeuten würde.

Darüber hinaus bleibt jedoch die dringende Aufgabe, die Ursachen von Hunger und Armut in den Ländern Afrikas zu beseitigen. Dürren werden wiederkehren – Hungersnöte müssen es nicht.



Äthiopisches Lager Korem 1984: Abtransport eines Verhungerten

Randolph Braumann

Sonderfall Äthiopien

„Afrika wird totgefüttert“ lautet der Titel eines sehr empfehlenswerten Buches, in dem der Redakteur des Umweltmagazins *natur*, Randolph Braumann, die Nahrungsmittelhilfe und Hungerverursacher in Afrika schonungslos aufs Korn nimmt. Einer radikalen Kritik unterzieht er auch die ganz besonders auf Äthiopien gemünzte westliche Kampagne, die im Interventionsanspruch gipfelt. Wir dokumentieren Braumanns Äthiopienkapitel mit freundlicher Genehmigung des Verlags Rasch und Röhrling.

Eine sachliche Beantwortung der Frage, warum wir Afrika nicht endlich vor unserer Verteilungswut retten, wird vor allem durch die Äthiopische Tragödie von 1984/85 erschwert. Zu biblisch waren die Ausmaße des Elends, als daß die großen Verteilungsgewinnler sich die Chance hätten entgehen lassen, die Gleichung Äthiopien = Afrika aufzustellen und gigantische neue Weizenlieferungen zu fordern.

Aber Äthiopien ist nun einmal ein Sonderfall. Kein anderes Land der Welt leidet wie Äthiopien unter Erosion. Niederschläge fallen im äthiopischen Hochland in kurzen aber heftigen Schauern, und das Regenwasser reißt von den Berghängen fruchtbare Erde mit sich. Das geschieht seit Jahrtausenden.

Erosion wie nirgendwo

Vom Flugzeug aus sehen riesige Gebiete Nordäthiopiens wie eine Mondlandschaft aus. Wenn man unten auf dem Boden steht, fragt man sich erst recht, wo hier überhaupt Menschen leben können.

In den letzten fünfzig Jahren hat die Erosion immer schlimmere Formen angenommen. Im alten Kaiserreich (Haile Selassie regierte von 1930 bis 1974) lagen große Flächen als „Kronland“ brach, weil sie jederzeit verfügbar sein mußten: Haile Selassie pflegte – wie übrigens alle

Kaiser vor ihm – die Loyalität von Fürsten und Notabeln durch Lehensvergabe zu belohnen.

Für die Bauern blieb dieses Kronland gesperrt (es sei denn, sie wären dort als Leibeigene der Fürsten eingesetzt worden). Die wachsende Bevölkerung mußte in immer unwirtlichere Regionen ausweichen, mußte immer steilere Berghänge roden und unter den Pflug nehmen. Je steiler aber die Hänge, desto rascher geht fruchtbare Erde verloren.

Es ist ein unabwendbar in den Untergang führender Prozeß: immer weniger Ertrag, dann immer neue Rodungen in immer noch höheren Bergregionen, dann Abholzung der letzten Wälder, dann Zerstörung der Grasnarbe durch Überweidung. Die bloßgelegte Erde, von tropischer Sonne ausgedörrt, wird vom Regen geradezu sintflutartig, hunderttausendtonnenweise, weggeschwemmt – mit dem Blauen Nil bis hinunter in den Sudan.

Ausgerechnet dieses Äthiopien, das jetzt als Paria der Welt dasteht, ist das einzige Land der Sahelregion, das den Kampf gegen die Verwüstung ernsthaft aufgenommen hat. In weiten Gebieten sind an den entwaldeten Hängen horizontale Gräben angelegt worden, die ablaufendes Regenwasser bremsen und die Versickerungsrate erhöhen. In Gemeinschaftsarbeit haben Bauern allein in der Provinz Eritrea schon 310.000 Kilome-

ter Terrassen und Gräben gezogen. Es gibt gar keinen Zweifel: Gerade Äthiopien verdient Unterstützung; und seine Bauern, die sich gerade erst von generationenlanger Unterdrückung erholen, verdienen auch unser Mitleid. Es war nun allerdings vorzusehen, daß jenes Mitleid, das der unselige „Tag für Afrika“ auf Äthiopien lenkte, sich sehr schnell ins Gegenteil verkehren würde. 24 Stunden nach der Gefühlskanonade gab es das erste Fernsehinterview, in dem einem der Hilfsorganisations-Gurus die Frage gestellt wurde, wann denn nun Äthiopien und mit ihm ganz Afrika wieder „okay“ sein würde. Die entscheidende Vorleistung – Geld für Nahrungsmittel in Hülle und Fülle – sei in Deutschland ja soeben erbracht worden.

Zaghaft deutete der Interviewte, der Geschäftsführer von „Brot für die Welt“, an, hundert Millionen seien soviel Geld nun auch wieder nicht; gleichzeitig wollte er aber die ganze Fernsehaktion, die schließlich auch seiner Organisation eine Menge Spenden eingebracht hatte, nicht kritisieren.

Auf den Bundesbürger prasselten jedoch schon bald nach dem „Tag für Afrika“ Meldungen hernieder, die verrietten, daß die Äthiopier sich nach all diesen toten Vorleistungen – vor allem der Deutschen – leider wieder zu dumm anstellten. *Associated Press* meldete aus Addis Abeba: „Der in Äthiopien seit langem erwartete Regen (Vorstellung des Europäers: Wenn der Regen mal kommt, ist alles in Ordnung! Anm. d. Verf.) hat nach Angaben von westlichen Hilfskräften schätzungsweise 8.800 Tonnen Getreide verdorben, die der hungernden Bevölkerung als Hilfslieferungen geschickt worden sind. Die äthiopischen

Erosion in Wollo: selbst unter den Wurzeln der Eukalyptusbäume wurde Mutterboden weggeschwemmt



Behörden haben bereits zugegeben, daß 4.000 bis 5.000 der rund 110.000 Tonnen Hilfsgüter im Hafen Assab verrottet sind." Die äthiopischen Behörden haben bereits zugegeben! Wer gibt etwas zu? Der einer kriminellen Handlung Verdächtige. Also: Sie kriegen den Weizen von uns kostenlos, und jetzt lassen sie ihn verrotten!

Warum verrottet Weizen in den Häfen Assab oder Massawa? Weil es nicht ausreichend Lagerraum und weil es nicht genug Lkws gibt! Seit jenem „Tag für Afrika“ gibt es kaum eine Agenturmeldung aus Addis Abeba, in der nicht darauf hingewiesen wird, daß leider zuwenig Transportmittel zur Verfügung stünden. Das ist eine altbekannte Tatsache, aber plötzlich bekommt sie einen anklagenden Unterton. (...)

Der äthiopischen Regierung war in unseren Medien lange der Vorwurf gemacht worden, sie habe das Ausmaß der Hungerkatastrophe verheimlicht (was nicht stimmt, wie wir gleich sehen werden). Jetzt, nach dem Afrika-Spektakel, warf man ihr vor, was man ihr logischerweise gar nicht vorwerfen kann: daß sie nicht genügend Transportkapazität habe.

Ein anderer Vorwurf, monatelang in unseren Zeitungen nachzulesen: Die Lage in Äthiopien sei deshalb so schlimm, weil Auffanglager errichtet worden seien. Die hätten eine große Anziehungskraft auf alle die ausgeübt, die eigentlich in ihren Dörfern hätten zurückbleiben sollen und wollen.

Konkret: Weil die Dorfbewohner wissen, daß es in den Camps Essen und Trinken und medizinische Versorgung gibt, pilgern sie dorthin – was ohne Zweifel katastrophale Folgen für die Landwirtschaft hat, denn zur nächsten Aussaat-

periode sind die Leute nicht auf ihren Feldern.

Nun wurde Anfang Mai 1985 das Lager Ibbet in der Nähe von Gondar geräumt. Die äthiopische Armee übernahm die Aufgabe, die Bauern in ihre Dörfer zurückzutransportieren. *dpa* meldete korrekt aus Addis: „Damit die Bauern angesichts der begonnenen Regenzeit wieder ihre Felder bestellen.“

Eine bundesdeutsche Zeitung kann wohl nicht anders, als hinter jeder Aktion der äthiopischen Armee eine Schurkerei zu vermuten. In einem Kommentar der „FAZ“ wurde jedenfalls ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „den vorliegenden Informationen zufolge bei der Aktion offenbar keiner der Hungerflüchtlinge ums Leben“ gekommen ist.

Äthiopisierung der Hungerkrise

Offenbar habe die Armee kleinere Nahrungsmittelrationen an die Lagerinsassen verteilt. Warnung der „FAZ“: Es müsse jedoch befürchtet werden, „daß die Rationen keinesfalls ausreichen“.

In Washington behauptete ein Mr. McPherson, Leiter der amerikanischen „Agentur für internationale Hilfe“ – und es stand natürlich in allen bundesdeutschen Zeitungen –, die „brutale Rücksiedlung der Flüchtlinge bedeute mit Sicherheit für die Hälfte von ihnen, etwa 30.000 Menschen, das Todesurteil“. Das Ganze sei ein „barbarischer Akt“.

Im Anschluß an diese Mai-Meldung hätte man ja gern erfahren, wie viele dieser Menschen gestorben sind, wirklich 30.000 oder vielleicht nur 10.000 oder tausend oder hundert? Es folgte keine Meldung mehr, was mich vermuten läßt, daß im Zuge dieser Rücksiedlungsaktion jedenfalls niemand gestorben ist.

Wäre das der Fall gewesen, so wären wir sicher von *Associated Press* oder *Reuters* mit Massaker-Meldungen versorgt worden. Was in den Köpfen aller, die sich hierzulande mit Dritter Welt beschäftigen, aber hängengeblieben ist, ist der Gedanke an eine barbarische äthiopische Regierung. (...)

Ich gehe davon aus, daß die Berichterstattung über die afrikanischen Hungerprobleme ganz anders aussähe, wenn die sozialistisch orientierten Länder wie Äthiopien und Mozambique ihre Krisen befriedigend gemeistert hätten.

Das aber haben sie, wie jeder weiß, eben nicht. Die anderen 22 notleidenden Länder haben ihre Krisen genausowenig gemeistert, aber von ihnen wird auf eine geheimnisvolle Art nicht – oder doch nur sehr selten – gesprochen.

Schon im Dezember 1982 hat die FAO – die Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen – meh-

rere Warnungen über die sich anbahnende afrikanische Katastrophe veröffentlicht. Die drohende Hungersnot in Afrika war Dauerthema nicht nur in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, sondern ab 1983 auch in den EG-Kommissariaten. In den Medien dagegen herrschte totales Schweigen.

Ab Oktober 1984 dann plötzlich große Aufregung, Bilder von sterbenden Kindern auf allen Kanälen. Seltsamerweise aber nur sterbende äthiopische Kinder – keine aus Mauretanien oder aus dem Turkanaland im Norden Kenias, keine aus dem Sudan und keine aus dem Tschad.

Fast gleichzeitig mit den ersten Reportagen über sterbende Kinder tobte eine geradezu phantastische Berichterstattung über die Feiern zum 10. Jahrestag der Revolution über die westlichen Sender. Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals zuvor eine derart ausführliche Berichterstattung über eine Militärparade im Fernsehen gesehen zu haben. Diese äthiopische Demonstration der Stärke – man bedenke: mit Erich Honecker und dem sowjetischen Politbüromitglied Romanow auf der Ehrentribüne – war unseren Fernsehleuten eine Menge hämischer Kommentare wert.

Die Marxisten zu Fall bringen!

Nun war die Lage ja wirklich geklärt: Äthiopien war fest und offenbar unwiderruflich im feindlichen Lager und zumindest für die nähere Zukunft für den Westen verloren. Alle Versuche, Äthiopien zurückzugewinnen – da hatte es einen EG-Kredit gegeben und ein französisches Angebot, Waffen zu liefern –, waren ganz offensichtlich fehlgeschlagen.

Also: Äthiopien war marxistisch, bekannte sich sogar dazu – und es starben Kinder! Hohn und Spott ergossen sich ab jetzt über Addis Abeba. In den europäischen und amerikanischen Medien wurde etwas geboren, was der in Berlin lebende äthiopische Wissenschaftler Getinet Belay „die Äthiopisierung der Hunger-Berichterstattung“ nennt.

Zurück zur Hungersituation. 1984 baten die eben erwähnten 24 Länder bei internationalen Organisationen um Hilfe. 22mal wurde den Anträgen stattgegeben. Mozambique und Äthiopien wurde die Hilfe verweigert.

Charles Elliott, der Leiter von *Christian Aid* aus London, sagt in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (22/24, 84) ganz offen, die Hilfe sei verweigert worden „in der Hoffnung, die von der Sowjetunion unterstützte Regierung Äthopiens zu Fall zu bringen“. (...)



Jean Ziegler

Umsiedlung nicht isoliert sehen

1985/86 wurden in Äthiopien 650.000 Menschen aus den Dürregebieten des Nordens in fruchtbare Gebiete im Süden und Südwesten des Landes umgesiedelt. Weitere 2,8 Mio Personen sind in Dörfern zusammengefaßt worden. Dieses Programm zur Bekämpfung des Hungers wird von der Gesellschaft für bedrohte Völker, dem Präsidenten der Hilfsorganisation Médecins sans Frontières, Dr. Rony Brauman u.a. attackiert, da es angeblich unter bloßem Zwang durchgesetzt werde und mit der „Vernichtung“ ganzer Völker (Tigray, Eritrea) einher gehe. Den Vorwurf Braumans, die äthiopische Militärregierung unter Mengistu Haile Mariam habe mit den Umsiedlungen „eines der größten Blutbäder in der gegenwärtigen Geschichte“ angerichtet, wies u.a. der Sonderbotschafter des UN-Generalsekretärs, Maurice Strong, zurück. Strong bezeichnete ihn als „Affront gegen all jene, deren gemeinsame Anstrengungen Millionen Menschen in Afrika das Leben gerettet haben“, zurück. „Tatsache jedoch ist, daß das Umsiedlungsprogramm ursprünglich unter der früheren Regierung (zur Zeit Haile Selassie; d. Red.) bereits mit Unterstützung westlicher Experten, einschließlich jener aus den USA, ausgearbeitet worden war. Heute wird im Prinzip diese Vereinbarung fortgesetzt, Äthiopier aus den überfüllten und ökologisch völlig zerstörten Hochlandgebieten umzusiedeln in weniger bevölkerte und fruchtbare Gebiete im Süden des Landes. (...) Die Behauptungen von Dr. Brauman, hunderttausend Äthiopier wären zu Tode gekommen in direkter Folge erzwungener Umsiedlungen wurden zu keiner Zeit von den Hunderten von internationalen Hilfsorganisationen, die in diesen Gebieten tätig waren, bestätigt...“

Jean Ziegler, Büromitglied der Sozialistischen Internationale und Soziologieprofessor in Genf, kam bei einem Äthiopien-Besuch im Sommer vorigen Jahres zur gleichen Erkenntnis. Er wußte aus dem Kerngebiet der Neuansiedlung zu berichten, daß bei aller anfänglichen Fehlerhaftigkeit der Aktion diese insgesamt positive Wirkungen zeitigte. Eine hungerbannende Alternative gebe es ohnedies nicht. Ziegler signalisierte ferner eine Dialogbereitschaft in Addis Abeba. Und er verwies auf die Ernsthaftigkeit des von Mengistu vorangetriebenen Demokratisierungsprozesses, die unterdessen mit der Volksabstimmung über eine neue Verfassung vom Februar d.J. (siehe AIB 4/1987, S. 41-42) unterstrichen wurde.

Der schwarze Boden von Shoa, der Boden der Hochebenen, ist voller Wasser. Nach 5 Jahren einer mörderischen Trockenheit ist der Regen endlich wiedergekehrt. (...)

12 Stunden dauert die Reise, um von Addis Abeba aus die Hauptstadt der Provinz Kaffa (die im 14. Jahrhundert dem Kaffee den Namen gab, der in ganz Europa von arabischen Händlern populär gemacht wurde) Ghimma zu erreichen. (...)

Wir erreichen Gambela, die große Ebene im Westen, ein Grenzgebiet zum Sudan von 26.000 qkm. Eine weitverstreute und buntgemischte Bevölkerung: die Anuak, Jäger und Fischer, die entlang des Baro-Flusses neben den Nuer leben, Hirten, die mit den Jahreszeiten vom Sudan nach Äthiopien ziehen.

Dieses Gebiet ist der Ort eines der umfangreichsten Umsiedlungsprogramme von Hungerflüchtlingen:

Riesige Maschinen des Landwirtschaftsministeriums haben den Dschungel auf einem Gebiet von mehr als 6.000 ha gerodet. 52.000 Menschen, die aus den Todeszonen von Tigray und Wollo kamen, wo die Trockenheit teilweise die Erde und die Pflanzen zerstört hat, leben jetzt in ca. 60 Dörfern, die unter Mangobäumen verstreut sind.

Ab September 1986 werden sie Selbstversorger sein: Es deutet sich an, daß die Ernte von Mais, Sorghum, Kartoffeln und Hirse hervorragend werden wird.

Jede Familie besitzt ein Stück Land von 1 ha Fläche, wovon die Hälfte für die private Familienproduktion bestimmt ist und die andere Hälfte in der Kooperative bearbeitet wird. Süßwasserbrunnen mit einer Tiefe von 40 m wurden gegraben. Im Aufbau befindliche Schulen und Krankenhäuser funktionieren so gut als möglich. 9 Monate nach ihrer Ankunft leben die Familien langsam wieder auf. Ich weiß, daß das Programm zur Umsiedlung der Bevölkerung aus den Katastrophengebieten der Hochebenen des Nordens zu den unendlichen fruchtbaren Böden des Südens und Westens, die fast

menschenleer sind, in Europa heftige Kritik ausgelöst hat. Bis heute wurden 650.000 Personen umgesiedelt. Freiwillig?

Mohamoudia Gaas, ein Afar-Intellektueller, der vor 37 Jahren an der Wüstenküste des Roten Meeres geboren wurde, ist erster Sekretär der Arbeiterpartei Äthiopiens (Einheits- und Staatspartei) in Gambela. Er gibt zu, daß Fehler gemacht wurden.

Umsiedlungen hätten in der Eile und manchmal unter Bedingungen der Unordnung und Gewalt stattgefunden. Eine Sonderkommission hält sich der Reihe nach in jedem Dorf auf: Wenn ein Bauer, eine Frau, ein Kind von seiner bzw. ihrer Familie getrennt wurde, verläßt er (sie) das Dorf und kehrt zu seiner (ihrer) Familie zurück.

Ich hatte Äthiopien im Januar 1985 besucht: Ich hatte dort die Todeslager von Makelle und Koren gesehen.

Der ausgelaugte, staubige Boden war hart wie Stein. Trotz aller Kritik bin ich davon

überzeugt, daß die Umsiedlung der Bevölkerung der einzige Weg ist, um das Leben der Betroffenen zu sichern. Äthiopien konnte nicht passiv auf die nächste und wahrscheinliche Katastrophe warten.

Im großen Büro mit purpurroten Vorhängen im ersten Stockwerk des Gebäudes des Zentralkomitees in Addis Abeba empfängt mich der Präsident Mengistu – lebendiger Blick, sicherer Charme und außergewöhnliche Aufmerksamkeit für den Besucher – während fast 3 Stunden. (...)

Mengistu: „...Wir sind ein unabhängiges Land. Der Beweis: Äthiopien sucht jetzt den Dialog, die Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften Europas. Und u.a. mit der Sozialistischen Internationale.“

Ich attackiere mit dem Krieg in Eritrea: Dieser Krieg ist für mich eine unannehmbare Tragödie ohne militärischen Ausweg.

Der Staatschef antwortet ausführlich: Die nationale Einheit ist für ihn nicht verhandelbar. Abgesehen von der Einheit kann jede andere Lösung (innere Autonomie usw.) Gegenstand von Diskussionen zwischen den kriegführenden Parteien sein.

Geheime Treffen haben in Aden im Frühjahr 1985 stattgefunden. Ohne Ergebnis. Werden andere Treffen stattfinden? Der Staatschef äußert sich nicht. Aber er schließt sie auch nicht aus.

Ich fasse zusammen: Äthiopien, ein riesiges Land von 1 Mio qkm und von mehr als 40 Mio Menschen bewohnt – in ihrer großen Mehrheit Bauern –, durchlebt seit 1974 eine der radikalsten Revolutionen, die die Dritte Welt gekannt hat. Der abrupte Bruch mit Jahrhunderten des Feudalismus wirft in den Köpfen und im gesellschaftlichen Leben der Leute unermeßliche Probleme auf.

Sollen die Demokratien Westeuropas unter dem Vorwand des Antikommunismus weiterhin jeden konstruktiven Dialog mit diesem Land, das eine tausendjährige Geschichte und Tradition hat, ablehnen?

Die politische Erfahrung Europas, seine Technologie, sein Kapital können Äthiopien sehr dabei helfen, eine demokratische, menschliche und gleichgewichtige Gesellschaft aufzubauen... Äthiopien ... sucht heute intensiv den Dialog, die Zusammenarbeit mit Westeuropa. Man darf sie nicht verweigern.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 382, 1986, S.53)



Neuansiedlung in der fruchtbaren Südwestprovinz Kaffa



Durchgehende Tendenz in der Hunger-Berichterstattung: Die Katastrophe ist – neben der Dürre – das Ergebnis marxistischer Mißwirtschaft. Nuancen gibt es nicht. Auch die „Zeit“ verkündete, den Zeigefinger erhoben: „Wer verbissen auf marxistisch-sozialistische Modelle setzt, darf die enttäuschenden Ergebnisse nicht dem Weltmarkt ankreiden.“

Dem Leser wird schlicht und einfach verschwiegen, daß sowohl das koloniale Mozambique als auch das feudalistische Äthiopien bis Mitte der siebziger Jahre fest auf das Freie-Marktwirtschafts-Modell gesetzt hatten.

Ein Beispiel aus der Nachbarschaft: der Sudan, potentiell so etwas wie der Brotkorb Afrikas (so hat man das Land in der Tat früher genannt). Vor 15 oder 16 Jahren noch, so erinnere ich mich, schickte der Sudan ein ganzes Schiff voller Hirse nach Saudi-Arabien. Die Saudis zählten damals noch zu den Habenichtsen, weil sie ihr Öl viel zu billig verkaufen mußten.

Heute: Sudan – ein Land voller ausgehungelter, hungriger, zerlumpter Menschen, Zusammenbruch des Handels, totale Abhängigkeit von amerikanischen Getreidelieferungen. Einige Berichte über die Hungersnot im Sudan erschienen 1985 in unseren Zeitungen. Nicht ein einziger weist darauf hin, daß im Sudan die freie Marktwirtschaft versagt habe. (...)

Nach jahrelanger Indoktrination (Motto: Die armen Schwarzen sind von unserer Gnade und Barmherzigkeit abhängig!) ist die Wende-Gesellschaft der Bundesrepublik in ihrer großen Mehrheit davon überzeugt, daß sogar Interventio-

nen in der Dritten Welt gerechtfertigt sind, wenn es darum geht, hehre Werte wie den „freien Welthandel“ zu schützen. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schrieb: „Mit den katastrophalen Ergebnissen der eigenen Politik konfrontiert, weigern sich die afrikanischen Regierungen unter Berufung auf ihre staatliche Souveränität (das ist also etwas Schlimmes! Anm. d. Verf.) immer noch, den Tatsachen ins Auge zu sehen und daraus Konsequenzen zu ziehen.“

Intervention inbegriffen?

Die rassistische Arroganz, mit der sich westdeutsche Journalisten mit der Dritten Welt beschäftigen, reicht von rechts bis links. Auch *epd*, der Evangelische Pressedienst, den man eher links einordnen würde, fordert Einmischung durch den Westen: „Angesichts der akuten Notsituation muß die Frage gestellt werden, wie die Ursachen der Katastrophe beseitigt werden können. Ausländische Entwicklungshilfe-Organisationen haben ein Recht, zugunsten der Bevölkerung auf die äthiopische Regierung Einfluß zu nehmen.“

Die Unverfrorenheit, mit der hier Intervention gefordert wird, ist schon bemerkenswert. Noch bemerkenswerter ist es, daß solche vor aller Öffentlichkeit präsentierte Interventionsdrohung keinerlei Aufschrei sensibler Demokraten zur Folge hat.

So etwas hätte aber genausogut vor hundert Jahren veröffentlicht werden können, als Kaufleute – wie etwa der Bremer Lüderitz in Südwestafrika – und Missionsgesellschaften in Afrika eigene

Politik machten und ihre Regierungen in Europa prompt um militärische Intervention baten, wenn die dummen Eingeborenen, „the Natives“, Probleme machten.

Das europäische Personal der Hilfsorganisationen tendiert auch heute dazu, das Heft in die Hand zu nehmen. Das habe ich selbst oft genug erleben können. Anordnungen von Ministerien werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Und wenn die einheimische Regierung etwas gegen eigenmächtige Entwicklungs- und andere Helfer unternimmt, schreitet sofort die Botschaft ein, droht mit Abbruch der Beziehungen und Schlimmerem.

Der amerikanische Botschafter in Addis Abeba forderte vor Ort mit unglaublicher Chuzpe „nicht nur die ungehinderte Start- und Landeerlaubnis für Flugzeuge, sondern überhaupt die ungehinderte Bewegung im ganzen Land, auch in den Bürgerkriegsgebieten“. Man muß sich das mal umgekehrt vorstellen – ungehinderte und unangemeldete Starts und Landungen etwa kubanischer oder libyscher Flugzeuge in den USA –, um das ganze Ausmaß dieser rassistischen Arroganz zu entlarven. (...)

(Quelle: R. Braumann, Afrika wird totgefüttert. Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Hamburg 1986, S. 53-64)



Spendenkonto Äthiopien

Äthiopien führt nach Aussagen von UNO-Vertretern das beispielhafteste Wiederaufbauprogramm in den Hungerregionen Afrikas durch. Sie tut dies in enger Kooperation mit der UN-Unterorganisation FAO. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) unterstützt diese Vorbeugeaktion gegen den Hungertod und bittet um Spenden auf das Konto:

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PGA Frankfurt/M., Nr. 527055 - 602, Stichwort: Wiederaufbau in Äthiopien.



Hungernde Mosambikaner auf Nahrungssuche.

Joachim Becker Fallbeispiel Mosambik/Simbabwe

„Wenn mehrere Mio Menschen in einem Land vom Hungertod bedroht sind, in einem Nachbarland hingegen enorme Getreideüberschüsse produziert werden, was wäre die Lösung? Die meisten Menschen würden instinktiv antworten: Nimm das Getreide des Landes mit dem Nahrungsmittelüberschuß und verteile es an das Land mit dem Nahrungsmittelmangel. Aber in Afrika sind die Dinge nicht so einfach.“¹

Der in Mosambik arbeitende Journalist Paul Fauvet bezieht sich hier auf einen ganz konkreten Fall: Simbabwe und Mosambik.

Contrakrieg als Hungerauslöser

In Mosambik sind mindestens 4 Mio Menschen von großem Nahrungsmittelmangel betroffen. Der Grund liegt nicht in Dürre oder Überschwemmungen, sondern im Krieg.

Die von Südafrika gesponsorten Banden des Mosambikanischen Nationalen Widerstandes (RNM), wie er sich selbst bombastisch nennt, haben Mosambiks Landwirtschaft auf das stärkste geschädigt. Immer wieder greifen die Banditen

die ländliche Bevölkerung an.

Systematisch zerstören sie Nahrungsmittellager, Vermarktungseinrichtungen, Felder, Transportverbindungen und -mittel. „Die staatliche landwirtschaftliche Vermarktungsbehörde, Agricom, ist ein Lieblingsziel der RNM gewesen“, berichtet Paul Fauvet.

„Die Vermarktungsposten von Agricom sind zerstört und ihre Fahrzeuge überfallen worden, was den Zusammenbruch eines Großteils des Vermarktungssystems zur Folge hatte. Die Verbindung zwischen Stadt und Land ist zerstört worden. Konsumgüter gelangen nicht zur Bauernschaft, und was immer an bäuerlichen Überschüssen produziert sein mag, gelangt nicht in die Städte.“²

Am schlimmsten sind die Provinzen Zambézia, Niassa und Tete, die an Malawi angrenzen, von der Hungersnot betroffen.

Hier tobte in den letzten Monaten der Krieg am heftigsten. In den letzten Wochen verbesserten die Regierungstruppen durch eine Offensive die militärische Situation in Zambézia.

Daher sind Teile der Provinz jetzt deutlich besser zugänglich. Die großen Produktionsausfälle bleiben jedoch. Das ist

im Fall Zambézias für Mosambik besonders fühlbar, da Zambézia zum landwirtschaftlichen Kernland Mosambiks gehört.

Eine große Anzahl von Mosambikanern sind aus ihren Dörfern geflohen. Diese Menschen haben alles verloren. Die städtische Bevölkerung ist stark angeschwollen. Die vermarktete Produktion ist bei den meisten Agrarprodukten von 1981-85 um 50-90% gefallen (vgl. AIB 12/1986, S.7).

Mehrfach erließ Mosambiks Regierung Aufrufe für Nahrungsmittelhilfe. Mosambik benötigt innerhalb der nächsten 32 Monate 670.000 t Nahrungsmittel.³

Im benachbarten Simbabwe quellen hingegen die Maislager über.

2,35 Mio t Mais sind eingelagert, was dem Inlandsverbrauch von etwa drei Jahren entspricht.⁴ Das sei „sicherlich mehr als genug, um uns und das Volk Mosambiks für ein Jahr zu ernähren“, sagt Dick Bylo, Vorsitzender des simbabwischen Verbandes kommerzieller Getreideproduzenten.⁵

Politische Probleme mit der Lieferung von Mais nach Mosambik hätte Simbabwe nicht (siehe Simbabwe-Einschätzung in: AIB 11/1986, S. 9-12; d. Red.). Im Gegenteil. Simbabwe und Mosambik sind Verbündete.

Simbabwische Truppen schützen die Transitroute nach Beira und kämpfen an der Seite der mosambikanischen Streitkräfte gegen die bewaffneten Banditen. Im November letzten Jahres versprach Simbabwe Mosambik eine Kreditlinie von 50 Mio Z\$.⁶ 90.000 t an Nahrungsmitteln wurden für Mosambik bereitgestellt. Die zimbabwische Bevölkerung beteiligt sich zudem an einer Spendensammlung für die Hungernden.

Überquellende Maislager in Simbabwe

Bereits in der Vergangenheit, so die simbabwische Soziologin Rudo Gaidzanwa, „wurde Getreide als Hilfe an Schlüssel-länder wie Tansania gegeben. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ging also über die reine und augenfällige 'wirtschaftliche' Ebene hinaus. Simbabwe gewann, indem es Südafrika als eine Maisquelle im SADCC (Entwicklungs koordinierende Konferenz des Südlichen Afrika; J.B.) ersetzte.

Südafrika schlug jedoch zurück, indem es leichtere Zahlungsbedingungen für seinen Mais anbot. Nahrungsmittelpolitik bleibt also besonders im Südlichen Afrika von großer Wichtigkeit.“⁷

Dafür ist die derzeitige Situation der beste Beweis. Westliche Länder sind kaum bereit, Simbabwes Mais zu kaufen und nach Mosambik zu schicken. Sie la-

den lieber ihre eigenen Getreideüberschüsse in Mosambik ab. Das Südliche Afrika ist somit ein Schauplatz des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen den USA und Westeuropa auf den Weltgetreidemarkten. Statt ein paar hundert Kilometer per Bahn und LKW von Simbabwe aus nach Mosambik wird das Getreide nun um die halbe Welt nach Mosambik geschifft.

Diese Form der Nahrungsmittel-, „hilfe“ hilft, die Bilanz von Getreidemultis wie Cargill oder André et Cie sowie von transnationalen Speditions- und Transportunternehmen noch freundlicher zu gestalten.

Weil der Fluß der Nahrungsmittelhilfe aus Westeuropa und den USA trotz regionaler Überschüsse weitergegangen sei, fürchtet Hans von Sponeck, der für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Botswana arbeitet, daß „Länder, die wir ermutigen, mehr zu produzieren, auf einem Berg unverkaufter Nahrungsmittel sitzen bleiben werden“.⁸

Genau dieser Fall ist in Simbabwe eingetreten. Auf den Weltmärkten ist Simbabwe mit seinem Mais nicht konkurrenzfähig, mit dem subventionierten Mais der westlichen Länder kann es nicht mithalten.

Im Rahmen regionaler Hungerhilfe kann es nur einen relativ geringen Teil seines Mais absetzen. Einige Länder haben mit Simbabwe Tauschabkommen – Weizen

Seine Devisenlage ist sehr angespannt. Für das erste Halbjahr 1987 wurden die Devisenzuteilungen für Importe der Industrie um 40% und für Importe des Handels um 55% gekürzt.

Simbabwes Regierung zog im September letzten Jahres Konsequenzen aus seinem wachsenden und zudem äußerst kostspieligen Getreideberg. In der Saison 1987/77, appellierte Landwirtschaftsminister Moven Mahachi an die Farmer, müßten die Getreidelieferungen an die staatliche Vermarktungsbehörde auf die Hälfte sinken.

Der Erzeugerpreis von 180 Z\$ werde nur noch für Lieferungen bis zur Hälfte der diesjährigen Lieferung bezahlt. Der Rest werde nur noch mit 100 Z\$ pro t vergütet. Allein Kleinproduzenten, die 20 t oder weniger vermarkteten, bekämen den vollen Erzeugerpreis gezahlt.¹⁰

Kleinproduzenten sind die Kleinbauern in den Communal Lands (Gemeindeländereien; d. Red.). Sie erhalten jedoch in der Regel ohnehin weniger als 2/3 des staatlichen Erzeugerpreises, da bei ihnen hohe Transportkosten und ähnliches für Mittelsmänner anfallen. Von der Förderung der Communal Lands, die sich in ihrem gestiegenen Anteil an der vermarkteten Produktion niederschlägt, profitieren ca. 20% der Bevölkerung in den Communal Lands.¹¹ Die Kürzung bei den Erzeugerpreisen ist insofern nicht überraschend, als die Regierung Mugabe eine Maisproduktion in dieser Höhe ursprüng-



Maistaspelung im Getreidedepot des simbabwischen Marondera

aus dem eigenen Land gegen simbabwischen Mais als Nahrungsmittelhilfe für Mosambik oder andere Länder – abgeschlossen. Allein das Weltnahrungsmittelprogramm (WFP) der UNO kauft zu fast kostendeckenden Preisen große Mengen von simbabwischen Mais, um ihn bei der Hungerhilfe einzusetzen.⁹

Simbabwe kann es sich nicht leisten, große Mengen seines Maisberges nach Mosambik zu verschenken und den entsprechenden Transport zu organisieren.

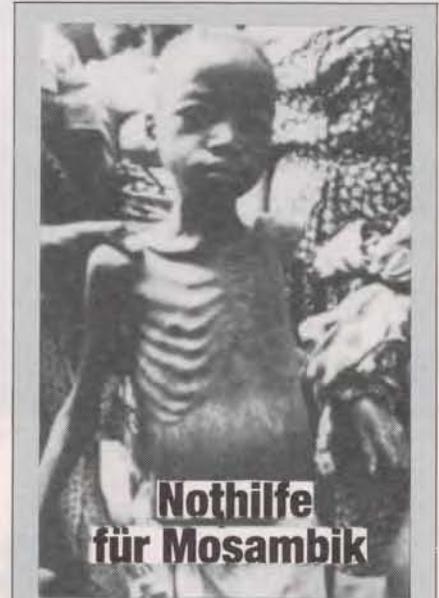
lich auch gar nicht angestrebt hatte.

Für Simbabwe hat sein Produktionserfolg bei Getreide einen bitteren Beigeschmack. Simbabwe ist den Rezepten der westlichen Länder in der Agrarproduktion gefolgt. Auf dem Getreideweltmarkt hat es keine Chancen.

Seiner möglichen Rolle als Nahrungsmittellieferant in regionalen Notfällen kann es dank der westlichen Nahrungsmittel-, „hilfs“politik auch nur sehr begrenzt gerecht werden.

Anmerkungen:

- 1) The Guardian, New York, 15.10.1986
- 2) The Guardian, London, 17.2.1987
- 3) die tageszeitung, 18.3.1987
- 4) Vgl. New African, London, Februar 1987; African Business (AB), London, Oktober 1986
- 5) New African, Februar 1987
- 6) The Herald, Harare, 27.11.1986
- 7) R. Gaidzanwa, Drought and the food crisis in Zimbabwe; in: P. Lawrence (Hg.), World recession & the food crisis in Africa, London 1986, S. 249-257, hier S. 255
- 8) AB, Oktober 1986
- 9) Ebd.
- 10) The Herald, 30.9.1986
- 11) S. Moyo, The land question; in: I. Mandaza (Hg.), Zimbabwe: the political economy of transition 1980-1986, Dakar 1986, S. 165-202, hier S. 188



Nothilfe für Mosambik

Mindestens 4 Mio Menschen, also rund 1/3 der Bevölkerung, hungern in Mosambik. Grund ist der Krieg.

Die sofortige Lieferung von Lebensmitteln und Hilfsgütern ist in der jetzigen Situation absolut notwendig. Sie kann dazu beitragen, daß Menschen in den Hungergebieten ihre Dörfer nicht verlassen. Verlassen noch mehr Mosambikaner die ländlichen Gebiete, würden wegen verringerter Aussaat und Ernte die Probleme in der nächsten Saison noch schlimmer. Viele sind schon jetzt vor dem Krieg geflohen – entweder ins Ausland oder in sicherere Gebiete im Inland.

Enorme Probleme wirft der Transport in Mosambik auf. Die Verkehrswege in den am stärksten vom Hunger bedrohten Provinzen in Zentralmosambik sind unsicher, teilweise nicht mehr benutzbar. An Transportmitteln herrscht großer Mangel. Im Februar d.J. verfügte die staatliche mosambikanische Hilfsorganisation in Zambézia, der Provinz mit der größten Zahl von Hungernden, über ganze zwei Lastwagen. Die internationale Hilfe läuft trotz wiederholter Appelle Mosambiks nur schleppend an.

Dauerhaftere Lösungen sind in den Gebieten möglich, in denen die militärische Situation relativ stabil ist. So gibt es in „grünen Zonen“ um die Städte erfolgreiche landwirtschaftliche Genossenschaften.

Das Dritte-Welt-Haus in Bielefeld unterstützt Projekte im Agrarbereich. Kontakt: Dritte-Welt-Haus/AKAARIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld. Konto: 106666 Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61, Stichwort „Mozambique-Projekt“



Ernte des Grundnahrungsmittels Sorghum in der Koro-Region

Claudia Liebst-Maron Burkina Faso – Selbsternährung hat Vorrang

Das westafrikanische Binnenland Burkina Faso – bis 1984 hieß es noch Obervolta – ist etwa so groß wie die Bundesrepublik. Der Norden gehört zur Sahelzone, im Zentrum und im Süden herrscht Trocken- bis Feuchtsavanna vor.

Im Norden und im Zentrum machen sich die Folgen moderner Einflüsse auf die traditionellen Agrarstrukturen, verbunden mit Bevölkerungszuwachs und periodischen Dürren, alarmierend bemerkbar. Das Voranschreiten der Wüste von Norden nach Süden scheint unaufhaltsam.

Die Bauern im Sahel wurden zu Dauerempfängern internationaler Nahrungsmittelhilfe, wohingegen in den südlichen Landesteilen sogar Überschüsse produziert und auch Exportprodukte wie Baumwolle und Erdnüsse angebaut werden.

Man war jedoch bislang nicht in der Lage, die regionalen Unterschiede durch eine effiziente Politik der Umverteilung zu mildern. Die Überschüsse wurden von

Getreidehändlern billig aufgekauft und entweder in die Nachbarländer transferiert oder in den Mangelzeiten vor der nächsten Ernte zu überhöhten Preisen weiterverkauft.

Der Putsch vom 4. August 1983 war nicht, wie die häufigen vorherigen Machtwechsel, die Ablösung einer korrupten und habgierigen Elite durch eine andere. Vielmehr brachte er junge Militärs, die ein ehrgeiziges nationales Entwicklungsprogramm verkündeten, an die Spitze des Staates.

Vordringen der Wüsten

Der Erfüllung der Grundbedürfnisse der ganzen Bevölkerung an Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und Alphabetisierung wird Priorität gegeben. Die entschiedene Bekämpfung der Korruption und die Gleichstellung der Frauen sind ebenso Teil des Programms wie die Förderung der Kleinindustrie zur Weiter-

verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Als höchstes Entscheidungsgremium formierte sich ein Nationaler Revolutionärsrat (CNR). An der Basis wurden auf Dorf-, Stadtteil- und Betriebsebene Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) gebildet, die die Bevölkerung für die Beschlüsse des CNR mobilisieren sollen und damit die wichtigsten Multiplikatoren der Regierungspolitik darstellen.

Um den Staatshaushalt von umgerechnet ca. 400 Mio DM, der vorher 70% für den öffentlichen Dienst verbraucht wurde, zugunsten von mehr Investitionen umzustrukturieren, zögerten die neuen Machthaber nicht, Einkommen im öffentlichen Dienst in mehreren Etappen zu kürzen und somit den städtischen Schichten Privilegien zu entziehen. Die Unzufriedenheit darüber konnte bisher unter Kontrolle gehalten werden.

Eine wichtige integrative Rolle spielt dabei der populäre Präsident Thomas San-

kara, der die Tugenden der Revolution verkörpert: Bescheidenheit, Fleiß, selbstbewußtes Auftreten, persönliche Integrität.

„Die Landwirtschaft wird der Motor unserer Entwicklung sein; die Verwirklichung der Nahrungsmittelselbstversorgung stellt das Hauptziel des Plans dar“, so der Planungsminister Henri Zongo über den 5-Jahres-Plan für 1986-90.¹ Eine populäre Maßnahme war zunächst die Abschaffung der jährlich zu entrichtenden Kopfsteuer für die Bauern, eines Relikts aus der Kolonialzeit. Dem Ziel der administrativen Dezentralisierung diente die Neuaufteilung des Staates in 30 Provinzen, womit auch eine basisnähere Politik ermöglicht werden soll.

Nahrungsmitteldefizit abgebaut

Jede Provinz soll in ihrem Bereich – im Zusammenspiel mit Maßnahmen und Anordnungen der Zentralregierung – das Ziel der Selbstversorgung ansteuern. Erklärtes Ziel der Revolutionsregierung ist es, die Bauern für ihre eigenen und die nationalen Interessen zu mobilisieren. Laut Präsident Sankara ist es eminent wichtig, eine Veränderung des Bewußtseins der Bauern weg von Passivität und Fatalismus hin zum Vertrauen auf die eigene Kraft und Selbstbewußtsein zu erreichen.

Es geht darum, der Bevölkerung die unumgänglich notwendigen Maßnahmen verständlich zu machen.²

So werden seit 1985 die drei Maßnahmen zur Bekämpfung der Desertifikation (Verwüstung) propagiert und von den CDR überwacht:

Verbot des freien Weidens, damit die Tiere nicht auf den Feldern weiden oder neu angepflanzte Bäume anfressen; Verbot von Buschfeuern und Kontrolle des Holzschlags für kommerzielle Zwecke. Begleitend dazu gibt es Wiederaufforstungsprogramme auf Provinz-, Departements- und Dorfebene, die von den ent-

sprechenden staatlichen Stellen und den CDR mit Hilfe der Dorfbewohner durchgeführt werden.

Aber auch der Einzelne soll sich mitverantwortlich fühlen für ein „grünes Burkina“: Jeder Burkinabé ab 18 Jahren soll jährlich mindestens einen Baum pflanzen und pflegen.

Um die Abholzung einzuschränken, werden auf breiter Ebene „verbesserte Herde“ mit geringerem Holzverbrauch eingeführt, die die Frauen auf dem Land aus Lehmerde selbst herzustellen lernen.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land wurde 1985 eine Kampagne für die Einrichtung einer Gesundheitsstation pro Dorf gestartet. Hier ist ebenfalls hauptsächlich die Eigenleistung der Dorfbewohner das Mittel zur Realisierung des Projekts.

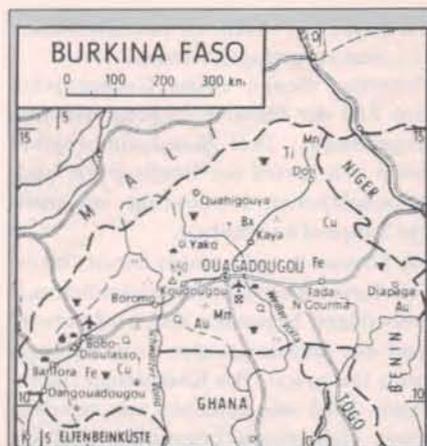
Vom Staat gibt es lediglich einen Zuschuß. Derartige Mobilisierungskampagnen laufen hauptsächlich über das Radio als überall verbreitetes Medium.

Förderung von Getreidebanken

Um die eingangs erwähnte Spekulation mit Getreide – das Grundnahrungsmittel in Burkina ist die Hirse – zu beenden, werden die Getreidepreise kontrolliert und jedes Jahr auf Provinzebene festgesetzt, was bislang jedoch noch keinen durchschlagenden Erfolg brachte.

Wo Bauern in Gruppen oder Kooperativen organisiert sind, wird die Gründung von sog. Getreidebanken gefördert: Nach der Erntezeit werden lokale Überschüsse aufgekauft und in der Getreidebank gelagert. In der Zeit vor der neuen Ernte wird dieses Getreide zu nur unwesentlich höheren Preisen an Bedürftige abgegeben.

Die staatliche Organisation für Aufkauf, Lagerung und Verteilung von Getreide (OFNACER) bräuchte, um eine ausreichende Getreidevorratshaltung zu gewährleisten, bedeutende zusätzliche



Territorium: 274.200 qkm
Bevölkerung: 7,9 Mio Einwohner (1986). Vor allem Mossi (48,4%) und andere Volta-Völker (23,7%), Mandé-Stämme (17,2%) sowie Peul, Tuareg und Nomaden (10%), ca. 3.400 Europäer, meist Franzosen
Hauptstadt: Ouagadougou, 300.000 Einwohner
Religion: ca. 1/3 Moslems, 1/10 Christen, der Rest Naturreligionen
Sprache: die Amtssprache ist Französisch, Volta-Semi-Bantu-Sprachen, westsudanesische Sprachen und Ful als Umgangssprachen
Währung: CFA-Franc; 1 CFA-Franc = 0,006 DM (Stand Dezember 1986)
Wirtschaft und Soziales: Burkina Faso ist ein rückständiges Agrarland. Mit einem Brutto-sozialprodukt von 160 \$ pro Kopf gehört Burkina Faso zu den 25 ärmsten Ländern der Welt. 87% der Erwerbspersonen sind in der Landwirtschaft, 4% in der Industrie und 9% im Dienstleistungssektor beschäftigt. Hauptexportgüter sind Tierprodukte, Baumwolle und Erdnüsse. Haupthandelspartner sind Frankreich, die Elfenbeinküste und die Bundesrepublik Deutschland. Die Lebenserwartung beträgt 45 Jahre, die Analphabetenrate 95%.
Geschichte:
1896 Beginn der Eroberung durch Frankreich
1919 Bildung der Kolonie Obervolta
1960 Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit unter Maurice Yaméogo
1966 Machtübernahme der Armee unter Sangoulé Lamizana
1980 Ein Militärpat unter Oberst Saye Zerbo übernimmt die Macht nach einem Generalstreik
1982 Erneuter militärischer Umsturz. Staatsoberhaupt wird Jean-Baptiste Ouédraogo, Premierminister wird Thomas Sankara
1983 Im Mai Entmachtung der linken Militärs Anfang August Machtübernahme durch einen Nationalen Revolutionsrat unter Sankara

Kleine Steinwälle, die im Anbaugelände das Wegschwemmen des Bodens verhindern



Finanzmittel für den Bau von Lagern, für Transportmittel. Dies wäre erforderlich, um das Getreide von Überschußgebieten in Mangelgebiete zu bringen und für den Aufkauf der Überschüsse zu angemessenen Preisen.

„Hier können die Geberländer und Hilfsorganisationen handeln, um uns darin zu unterstützen, von Nahrungsmittelhilfe unabhängig zu werden, nicht in 10 Jahren, sondern kurzfristig.“³ So charakterisiert der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium die Vorstellungen

Burkinas, die auch in internationalen Gremien vorgetragen werden.

Weiterhin dienen einige Großprojekte dem Ziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Drei Staudammprojekte sollen den Anteil der bewässerten landwirtschaftlichen Produktion um mehrere Tausend ha erhöhen.

Das Sourou-Projekt wurde bereits im ersten Revolutionsjahr hauptsächlich mit Freiwilligen begonnen und wird vorwiegend aus dem nationalen Entwicklungsfonds finanziert. Der Kompienga-Damm wurde 1985 mit Anleihen von verschiedenen Geldgebern begonnen. Und für das Projekt von Bagré wurden 1986 die Finanzierungsverträge abgeschlossen.

Diese Großprojekte erhöhen den Schuldenberg Burkinas beträchtlich, aber man erhofft sich von der intensiven Nutzung des bewässerten Landes mit mehreren Ernten im Jahr sogar Überschussproduktion für möglichen Nahrungsmittel-export.

Hier sollen junge Bauern angesiedelt werden, die das Land mit verbesserten Techniken wie z.B. Ochsenanspannung kultivieren sollen. Bei diesen Projekten ist vorgesehen, die Bildung von Kooperativen besonders zu fördern.

Eine Agrarreform, die Bodennutzungsrechte und deren Handhabung regelt, ist in Vorbereitung. Man versucht nicht, die Bauern zu kollektiven Produktionsformen zu zwingen, sondern will sich in der Zukunft verstärkt um die Weiterbildung und Organisation der Bauern kümmern. Dazu wurde 1986 ein Ministerium für Bauern-Angelegenheiten neu gegründet. Seit 1984 verzeichnet Burkina eine im Vergleich zu den anderen Sahelländern überproportional steigende Getreideproduktion und die höchsten Produktionszahlen der letzten 10 Jahre.⁴

Bisher wird damit zwar lediglich der jährliche Nahrungsmitteldefizit verringert, aber die Tendenz ist ermutigend. Die nationalen Kampagnen gegen Desertifikation, für Wiederaufforstung und Holzeinsparung haben langfristig sicherlich bessere Erfolgchancen als die bisherigen vereinzelt und unkoordinierten Entwicklungshilfeprojekte auf diesem Sektor.

Die Bauernschaft, die jedoch wenig politisches Gewicht im Vergleich zu den städtischen gebildeten Schichten besitzt, wird erstmals eher gefördert und ermutigt als ausgebeutet. Es bleibt abzuwarten, ob es den Revolutionsführern gelingt, die gesamte Bevölkerung für das Ziel einer eigenständigen Entwicklung in kleinen Schritten zu gewinnen.

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie (AA), Paris, Nr. 377/Juli 1986, S. 21
- 2) AA, Nr. 327/Juli 1984
- 3) AA, Nr. 367/Februar 1986, S. 39
- 4) FAO monthly bulletin of statistics, Rom, Jg. 9/Dezember 1986



Afrika wird totgefüttert



Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik
Ein natur Buch
von Randolph Braumann
Rasch und Röhling



Hunger und Afrikahilfe – eine Literaturübersicht

Asit Datta, Welthandel und Welthunger, dtv-Sachbuch, München 1984/85, 171 S., 8,80 DM

vermittelt einen guten Einblick in die Zusammenhänge von Kolonialismus und Welthunger, Welthandel und Welthunger. Am Beispiel von Guatemala, Indien, Tansania und Brasilien beschreibt der indische Autor, wie diese Länder als Rohstofflieferanten für die Kolonialmächte ihrer Fähigkeit zur Eigenversorgung beraubt wurden.

Desweiteren macht Datta deutlich, daß sich das Abhängigkeitsverhältnis auf dem Weltmarkt bis heute fortsetzt und nicht nur die Ungleichheit zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern verstärkt, sondern auch innerhalb der einzelnen Dritte-Welt-Staaten die Kluft zwischen Armen und Reichen vertieft.

Lloyd Timberlake, Krisenkontinent Afrika. Der Umwelt-Bankrott. Ursachen und Abwendung, Hammer Verlag und Deutsche Welthungerhilfe, Bonn/Wuppertal 1985, 268 S., 18,80 DM.

Der Autor deckt die Ursachen auf, die Afrika in den ökologischen Ruin trieben. Nicht Naturkatastrophen sind an der wachsenden Hungersnot Schuld, sondern – an zahlreichen Beispielen nachgewiesen – eine extreme Verschuldung und Exportorientierung, staatliche Mißwirtschaft einheimischer Eliten und deren blinde Orientierung am europäischen Vorbild sowie eine falsch ausgerichtete Entwicklungshilfe.

Timberlake, der zumindest kurz auch den Apartheidstaat in seine Analyse miteinbezieht, erhofft sich eine Gesundung des geschädigten Kontinents vom afrikanischen Bauern selbst. Dieser „weiß am besten, wie und warum er gezwungen wurde, jene Umwelt zu zerstören... Der Bauer und die Bäuerin besitzen auch den Schlüssel für den Wiederaufbau des Kontinents“ (S. 262).

Ähnlich wie Timberlake nimmt Andreas Bänzinger, Die Saat der Dürre. Afrika in den achtziger Jahren, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1986, 224 S., 24 DM

die ökologische Krise zum Anlaß, die innenpolitischen Strukturen der afrikanischen Länder und ihre Weltmarktabhängigkeit darzustellen. Gleichzeitig hinterfragt Bänzinger, langjähriger Afrika-Korrespondent der Frankfurter Rundschau, westliche Entwicklungsprogramme.

Er entlarvt, daß diese „Hilfe“ allzuoft als „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Industrieländer betrieben wird. Insgesamt gelingt es dem Autor mit überzeugenden Fallbeispielen einen tiefen Einblick in die afrikanische Realität zu vermitteln und erste Lösungsansätze anzubieten.

Hunger als Alltagsfernhung im frühneuzeit-

lichen West- und Mitteleuropa ist Thema des Buches

Ulrich-Christian Pallach (Hg.), Hunger. Quellen zu einem Alltagsproblem in Europa und der Dritten Welt. 17. bis 20. Jahrhundert, dtv-Dokumente, München 1986, 424 S., 16,80 DM.

Pallach beginnt seine Dokumentation mit dem Dreißigjährigen Krieg und schildert den Kampf der kleinen Leute um's tägliche Brot bis hin zur letzten großen Hungersnot am Vorabend der Revolution von 1848. Auszüge aus Akten, Gerichtsprotokollen, Kirchenbüchern, Zeitungen usw. bereichern diese „Geschichte des Hungers“.

Zuletzt wirft der Verfasser einen Blick auf die heutige Situation in den Entwicklungsländern und greift auf knapp 40 Seiten die wichtigsten Fragen zum Thema Hunger in der Dritten Welt auf.

Obwohl bereits Ende der 70er Jahre erschienen, gilt

Joseph Collins/Frances Moore Lappé, Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende: Niemand muß hungern, Fischer alternativ, Frankfurt 1978, 479 S., 12,80 DM

nach wie vor als eine der umfassendsten Analysen des Welternährungsproblems. Neuer-scheinungen stützen sich immer wieder auf diese sehr breite und gründliche Materialsammlung.

Ziel der beiden Autoren ist es, die Legende einer weltweiten Nahrungsmittelverknappung, als Ursache des Hungerproblems, zu widerlegen. Auf dem Hintergrund von Kolonialismus, Weltmarkt, Grüner Revolution, Entwicklungspolitik u.a. werden die vermeintlichen Ursachen des Hungers in ihrem tatsächlichen Zusammenhang – als Frage- und Antwortspiel – untersucht.

Peter Krieg, Der Mensch stirbt nicht am Brot allein... Lesebuch zum Film „Septemberweizen“, Hammer-Verlag, Wuppertal 1981, 192 S., 22,80 DM

zählt ebenfalls zu den „Klassikern“. Wie auch der Film „Septemberweizen“ (1980) von P. Krieg hat das Buch die Weizenproduktion, ihre Verteilung und Verarbeitung zum Thema.

Doch es ist ein Buch zum Schmöckern. Literarische Einlagen (u.a. von Brecht, Eisler, Kisch) wechseln mit naturwissenschaftlichen Informationen. Es enthält Beispiele aus der Geschichte und aktuelle politische Beiträge. Inhalt und Aufmachung – mit zahlreichen Karikaturen, Schautafeln, Fotos – machen das Buch zu einem echten Lesevergnügen.

Eine detaillierte Studie über den Einfluß transnationaler Unternehmen auf die afrikanische Nahrungsmittel- und Agrarproduktion haben Barbara Dinham/Colin Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika, P. Kivouou Verlag

— Editions Bantoues, Heidelberg 1985, 265 S., 24,80 DM

erstellt. Anhand vieler Beispiele zeigen sie die Handels- und Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen vor allem im Kaffee- und Zuckersektor auf.

Sie analysieren die unterschiedliche Haltung Kenias und Tansanias gegenüber ausländischen Investitionen im Agrarbereich. Und sie decken die Zusammenhänge von Agrobusiness, Nahrungsmittelgroßproduktionen und wachsendem Hunger in Afrika auf. Tabellen und Unternehmensprofile ausgewählter Konzerne ergänzen dieses wichtige Buch.

Das umfassend angelegte und kritische Werk von

Horst Schilling, Nahrungsmittel als Waffe, Dietz Verlag, Berlin 1986, 227 S., 10 DM

zeigt den Einsatz von Nahrungsmitteln im Rahmen der neokolonialistischen Strategie gegenüber den Entwicklungsländern auf. Zunächst geht der Autor den Ursachen des Hungers auf den Grund. Es folgt ein Abriss der Geschichte und Hintergründe der Nahrungsmittelpolitik der USA, der EG-Länder und Japans. Im Schlußteil stellt Schilling die emanzipatorischen Forderungen und Gegenaktivitäten der Entwicklungsländer dar und diskutiert ihre Möglichkeiten gegenüber der imperialistischen Nahrungsmittelpolitik. Das Buch bietet die wohl systematischste Kritik der Konzepte und des Mißbrauchs westlicher Nahrungsmittelhilfe. Und es stellt eine erste Gesamtschau des Widerstands der Dritten Welt vor.

Mit dem eher szenarisch-ausschnitthaft angelegten Buch von

Al Imfeld, Hunger und Hilfe, Provokationen, Unionsverlag, Zürich 1985, 212 S., 18 DM

werden einzelne Aspekte der Hungerkrise in Afrika aufgegriffen. Es enthält Schilderungen

über die Pokot in Kenia, über Flüchtlinge in Somalia, über die Zerstörung des Pastoralismus u.a.m.

Dazwischen werden kritische Denkanstöße zu den Ursachen des Hungers, europäischer Betroffenheit und Spendenbereitschaft geschaltet. Aufgeworfen werden Fragen nach dem Nutzen der Hilfe sowie dem Mißbrauch des Hungers.

Die Kritik am Eigennutz der Nahrungsmittelspenden der Industrieländer sowie an den nicht auf die afrikanischen Bedürfnisse ausgerichteten Entwicklungsprojekten steht im Mittelpunkt bei

Randolph Braumann, Afrika wird totgefüttert — Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Rasch und Röhrig, Hamburg/Zürich 1986, 156 S., 19,80 DM.

Dieses Buch verknüpft auf exzellente Weise Situationsbeschreibungen mit Hintergrund einschätzungen und Fakten. Es demonstriert an den Fallbeispielen der Republik Elfenbeinküste, Nordkenias, Kilimandscharo, Somalia wie die Umwandlung von Acker- und Weideland in Wüsten vor sich geht.

Anhand der Fallstudie der Serer im Senegal zeigt der Agrarsoziologe Volker Jansen den Vorgang des Verfalls einer afrikanischen Bauerngesellschaft auf. Hochinteressant ist ferner die Diskussion über den Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfeprojekten.

Um die erfolgreiche europäische Agrarpolitik auf Kosten der Armen in der Dritten Welt geht es bei

Harald Schumann, Futtermittel und Welthunger, Rowohlt, rororo-aktuell, Hamburg 1986, 212 S., 10,80 DM.

Der Autor greift das Beispiel Brasilien auf. Das Land steht mit seinem Sojaexport an erster Stelle der Futterproduzenten für die EG. Viehfutter geht in großem Stil an die EG, während

die brasilianische Nahrungsmittelproduktion nicht die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung abdeckt. Wie die Dritte Welt von der EG als „Selbstbedienungsladen“ zum billigen Einkauf von Agrarprodukten betrachtet wird und in welcher Weise der politische Rahmen dafür gesteckt wird, zeigt dieses Buch.

Daß eine Saatgutkette die reichen Länder mit der Dritten Welt verbindet, wird bei **Pat Roy Mooney, Saat-Multis und Welthunger**, rororo-aktuell, Rowohlt, Hamburg 1985, 170 S., 8,80 DM

nachgewiesen. Das wirtschaftliche Machtstreben der Agrarkonzerne wie Royal Dutch/Shell, Sandoz und Ciba Geigy bereitet der Verschmelzung von Saatguthandel und Agrochemie den Weg. Die Bauern der Dritten Welt sind inzwischen auf Saatgut und Pestizide der Konzerne angewiesen, ja diese haben durch eine Art Patentgesetzgebung ein ausschließliches Monopol auf bestimmte Pflanzensorten errichtet.

Mooney zeigt schließlich, daß es für Regierungen und internationale Organisationen nur noch wenig Zeit zum Handeln gibt, um die genetische Vielfalt von wichtigem Getreide, Gemüse und Obst zu erhalten.

Gerhard Müller-Wethmann, Markt der offenen Herzen, Hoffmann und Campe, Hamburg 1985, 255 S., 18 DM

bringt die Wahrheit über Praktiken des Spendenschwindels einer Vielzahl von Spendenvereinen und Wohlfahrtsverbänden zu Tage.

Diese werden, in der Manier der Stiftung Warentest, einzeln abgeklöpft und die schwarzen Schafe der Spendenorganisationen benannt. Das Buch eignet sich so gesehen auch als Ratgeber für Spender, die sich verständlicherweise vor dem Mißbrauch ihrer Hungerhilfegroschen schützen möchten.

Hanne Denk/Petra Sittig

Breyten Breytenbach **Mouiroir** Spiegelungen eines Romans



Kiepenheuer & Witsch

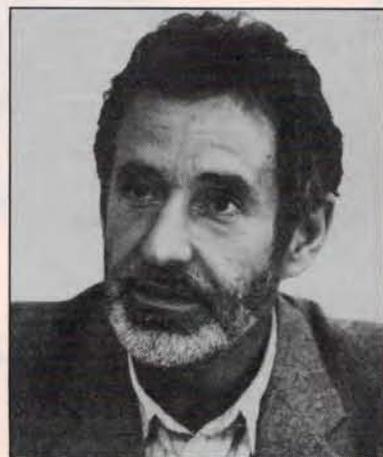
Mouiroir entstand während Breytenbachs siebenjähriger Haftzeit in südafrikanischen Gefängnissen. Es sind Geschichten, die in bedrohlich gesichtslosen, surrealistischen Landschaften spielen.

Aus dem Englischen
von Uli Wittmann
288 Seiten.
Gebunden DM 34,—



Verlag
Kiepenheuer
& Witsch

Foto: Horst Tappe



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Reimann
Ich war ein Contra
Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten
Pahl-Rugenstein-Verlag
120 Seiten, 9,80 DM

Vukani-Makhosikazi
Frauen in Südafrika
Bilder und Texte
Pahl-Rugenstein-Verlag
288 Seiten, 16,80 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein-Verlag
180 Seiten, 14,80 DM